

weitergereicht an: am:	<b>Beschluss-Nr.: 2009/239</b>
Gremium: <b>Kreistag</b>  Sitzung: <b>8. Sitzung des Kreistages des Landkreises Leipzig</b>	Aktenzeichen:  Vorlage-Nr.: 2009/239/3  Datum: 02.12.2009
<b>aufgehoben/geändert am:</b>	<b>durch Beschl.-Nr.:</b>

### Beschlussgegenstand

Richtlinie für die Bewilligung von Zuwendungen des Landkreises Leipzig (RIZuw)

### Beschlusstext

Der Kreistag beschließt

die als Anlage beigefügte "Richtlinie für die Bewilligung von Zuwendungen des Landkreises Leipzig (RIZuw).

Mit Inkrafttreten dieser Richtlinie wird die Richtlinie für die Bewilligung von Zuwendungen des Landkreises Leipziger Land (Beschluss 2002/079 vom 12.06.2002) außer Kraft gesetzt.

gez.

**Dr. Gerhard Gey**

**Landrat**

- Siegel -

**Richtlinie  
für die Bewilligung von Zuwendungen des Landkreises Leipzig  
(RIZuw)**

**Inhaltsverzeichnis**

1. Bewilligungsvoraussetzungen
2. Zuwendungsarten
3. Finanzierungsarten, Höhe der Zuwendung
4. Antragsverfahren
5. Bewilligung
6. Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid
7. Zuwendungen für Baumaßnahmen
8. Auszahlung der Zuwendungen
9. Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf des Zuwendungsbescheides, Erstattung der Zuwendung und Verzinsung
10. Überwachung der Verwendung
11. Nachweis der Verwendung
12. Prüfung des Verwendungsnachweises
13. Weitergabe von Zuwendungen durch den Zuwendungsempfänger
14. Abweichende Regelung bei gemeinsamer Förderung mit dem Freistaat Sachsen
15. Vorrangige Verfahrensregelungen

**Anlagen**

- Anlage 1 Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I)
- Anlage 2 Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)
- Anlage 3 Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K)
- Anlage 4 Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung auf Kostenbasis (ANBest-P-Kosten)

**Muster**

- Muster 1 Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
- Muster 2 Zuwendungsbescheid
- Muster 3 Verwendungsnachweis
- Muster 4 Auszahlungsantrag
- Muster 5 Empfangsbekenntnis

**1 Bewilligungsvoraussetzungen**

- 1.1 Zuwendungen sollen nur bewilligt werden, soweit dieses gesetzlich vorgeschrieben bzw. zulässig ist und ein erhebliches Interesse des Landkreises Leipzig an der Erfüllung der Aufgabe durch den Zuwendungsempfänger besteht sowie wenn der Zweck durch die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen nicht erreicht werden kann. Nicht rückzahlbare Zuwendungen sollen nur bewilligt werden, soweit der Zweck nicht durch unbedingt oder bedingt rückzahlbare Zuwendungen erreicht werden kann. Zuwendungen dürfen nur im Rahmen der dem Landkreis Leipzig hierfür zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln bei Einhaltung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bewilligt werden. Durch Gesetze und fachspezifische Förderrichtlinien geregelte Fälle der Gewährung von Zuwendungen bleiben hiervon unberührt.
- 1.2 Zuwendungen dürfen nur solchen Empfängern bewilligt werden, bei denen eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert erscheint sowie die fachliche Eignung für die Aufgabenerfüllung und die Gesamtfinanzierung gewährleistet sind und die in der Lage sind, die Verwendung der Mittel bestimmungsgemäß nachzuweisen.  
Bei Zuwendungen an kommunale Körperschaften des Landkreises Leipzig ist durch den Zuwendungsempfänger eine gemeindewirtschaftliche Stellungnahme vom Kommunalamt einzuholen.  
Bei Zuwendungen für Baumaßnahmen und Beschaffungen muss der Empfänger auch in finanzieller

Hinsicht die Gewähr für eine ordnungsgemäße Verwendung und Unterhaltung der Anlagen bieten. Eine Anfinanzierung von Vorhaben, deren Gesamtfinanzierung nicht hinreichend gesichert ist, ist unzulässig.

- 1.3 Zuwendungen zur Projektförderung dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Das Landratsamt Landkreis Leipzig kann Ausnahmen zustimmen. Die Ausnahmen sind nur zulässig, wenn Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

- 1.3.1 Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchungen, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind Zweck der Zuwendung.

- 1.3.2 In den Fällen der Nr. 1.4 wird die Zustimmung gemäß Nr. 1.3 Satz 2 im Einvernehmen mit den übrigen Beteiligten von der Stelle erteilt, bei der die höchste Zuwendung beantragt wurde.

- 1.3.3 Die Zustimmung gemäß Nr. 1.3 Satz 2 darf nur erteilt werden, wenn - zumindest überschlägig - die Finanzierung des Vorhabens einschließlich etwaiger Kosten der Vorfinanzierung und der Folgekosten hinreichend gesichert erscheint und die Maßnahme sachlich geprüft ist.

- 1.4 Sollen für eine Einrichtung oder ein Vorhaben Zuwendungen vom Landkreis Leipzig und auch von anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts bewilligt werden, soll soweit möglich Einvernehmen herbeigeführt werden über:

- 1.4.1 die zu finanzierenden Maßnahmen und die jeweiligen zuwendungsfähigen Ausgaben,

- 1.4.2 die Finanzierungsart und die Höhe der Zuwendung (Nr. 3), unterschiedliche Finanzierungsarten sind nach Möglichkeit auszuschließen.

- 1.4.3 Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid (Nr. 6),

- 1.4.4 die Beteiligung der fachlich zuständigen technischen staatlichen Verwaltung, z.B. in den Fällen der Nr. 7,

- 1.4.5 den Verwendungsnachweis und seine Prüfung durch eine der beteiligten Verwaltungen (Nr. 10 und 11). Im Allgemeinen wird die Stelle in Betracht kommen, welche die höchste Zuwendung bewilligt hat oder die dem Sitz des Zuwendungsempfängers am nächsten liegt.

- 1.4.6 Ziffer 1.4 sowie Ziffer 1.4.1 bis 1.4.5 gelten entsprechend, wenn Zuwendungen für eine Einrichtung oder ein Vorhaben vom Landratsamt Landkreis Leipzig gewährt werden sollen, diese jedoch in die Zuständigkeit unterschiedlicher Fachämter fallen. Ergänzend zu Ziffer 1.4 soll die Bewilligung durch ein Fachamt federführend erfolgen. Als federführend kommt in der Regel das Fachamt in Betracht, das für die höchste Zuwendung zuständig ist.

## **2 Zuwendungsarten**

### **2.1 Projektförderung**

Zuwendungen zur Deckung von Ausgaben des Zuwendungsempfängers für einzelne abgegrenzte Vorhaben/Maßnahmen,

### **2.2 Institutionelle Förderung**

Zuwendungen zur Deckung eines nicht abgegrenzten Teils oder - in besonderen Ausnahmefällen - der gesamten Ausgaben des Zuwendungsempfängers für ein Haushalts- oder Wirtschaftsjahr.

## **3 Finanzierungsarten, Höhe der Zuwendung**

- 3.1 Vor Bewilligung der Zuwendung ist zu prüfen, welche Finanzierungsart unter Berücksichtigung der Interessenlage des Landkreises Leipzig und des Zuwendungsempfängers den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit am besten entspricht.

- 3.2 Die Zuwendung wird grundsätzlich zur Teilfinanzierung des zu erfüllenden Zwecks bewilligt, und

zwar

- 3.2.1 mit einem festen Betrag an den zuwendungsfähigen Ausgaben (Festbetragsfinanzierung), dabei kann die Zuwendung auch auf das Vielfache eines Betrages festgesetzt werden, der sich für eine bestimmte Einheit ergibt; oder
- 3.2.2 nach einem bestimmten Vomhundertsatz oder Anteil der zuwendungsfähigen Ausgaben (Anteilsfinanzierung); die Zuwendung ist bei der Bewilligung auf einen Höchstbetrag zu begrenzen; oder
- 3.2.3 zur Deckung des Fehlbedarfs, der insoweit verbleibt, als der Zuwendungsempfänger die zuwendungsfähigen Ausgaben nicht durch eigene oder fremde Mittel zu decken vermag (Fehlbedarfsfinanzierung); die Zuwendung ist bei der Bewilligung auf einen Höchstbetrag zu begrenzen.
- 3.3 Bei der Bemessung der zuwendungsfähigen Ausgaben sollen, soweit dies möglich ist, sachgerechte feste Beträge (insbesondere Kostenpauschalen) zugrunde gelegt werden. Diese Beträge können auch nach Vomhundertsätzen anderer zuwendungsfähiger Ausgaben bemessen werden. Für eine Bemessung von zuwendungsfähigen Ausgaben nach festen Beträgen kommen vor allem Projekte in Betracht,
  - 3.3.1 bei denen einzelne Ausgaben nur mit erheblichem Aufwand genau festgestellt und belegt werden können, jedoch eine sachgerechte Pauschalierung dieser Ausgaben (zum Beispiel als Vomhundertsatz der vorgesehenen Ausgaben) möglich ist oder
  - 3.3.2 bei denen - wie bei bestimmten Baumaßnahmen - für einzelne oder mehrere gleiche Teile der Maßnahme über die voraussichtlichen Ausgaben Richtwerte vorliegen oder festgelegt werden können.
- 3.4 Bei der Bemessung der Höhe der Zuwendung ist insbesondere dem Umstand Rechnung zu tragen, dass eine Zuwendung nur insoweit bewilligt werden darf, als ein erhebliches Interesse des Landkreises Leipzig vorliegt, das ohne die Zuwendung nicht oder nicht im notwendigen Umfang befriedigt werden kann. Bei der Bemessung der Höhe einer Zuwendung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sind deshalb sowohl das Eigeninteresse und die Leistungskraft des Zuwendungsempfängers (angemessene Eigenmittel) als auch die Finanzierungsbeiträge Dritter angemessen zu berücksichtigen (vgl. auch Nr. 3.5); bei Zuwendungen zur Projektförderung ist auch zu prüfen, ob der Zuwendungsempfänger steuerrechtliche Vergünstigungen (z.B. Investitionszulagen) erhält.
- 3.5 Liegt der zu fördernde Zweck auch im Interesse von Dritten, sollen diese sich angemessen an den zuwendungsfähigen Ausgaben beteiligen.
- 3.6 Soweit die Umsatzsteuer nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes als Vorsteuer abziehbar ist, gehört sie nicht zu den zuwendungsfähigen Ausgaben (vgl. dazu auch Nr. 4.3.3).

#### **4 Antragsverfahren**

- 4.1 Für die Bewilligung einer Zuwendung bedarf es grundsätzlich eines schriftlichen Antrages (Muster 1). Auf Verlangen des Landratsamtes Landkreis Leipzig sind die Angaben durch geeignete Unterlagen zu belegen. Der Antragsteller ist auf die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten im Antragsformular hinzuweisen.
- 4.2 Dem Antrag sind insbesondere beizufügen:
  - 4.2.1 bei Projektförderung (Nr. 2.1) ein Finanzierungsplan (aufgegliederte Berechnung der mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben mit einer Übersicht über die beabsichtigte Finanzierung) und eine Erklärung, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen worden ist,

- 4.2.2 bei institutioneller Förderung (Nr. 2.2) ein Haushalts- oder Wirtschaftsplan und gegebenenfalls eine Überleitungsrechnung gem. Nr. 3.4.2 zu § 23 VwV-SäHO<sup>1</sup>,
- 4.2.3 eine Erklärung darüber, ob der Zuwendungsempfänger allgemein oder für das betreffende Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG berechtigt ist<sup>2</sup>. In diesem Fall hat er im Finanzierungs-, Haushalts- oder Wirtschaftsplan die sich ergebenden Vorteile auszuweisen und bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben abzusetzen.
- 4.3 Das Ergebnis der Antragsprüfung ist zu vermerken. Dabei kann auf andere Unterlagen (Antrag, Zuwendungsbescheid) verwiesen werden. Sofern die Angaben nicht bereits aufgrund ergänzender Verwaltungsvorschriften ersichtlich sind, soll in dem Vermerk insbesondere eingegangen werden auf:
  - 4.3.1 Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung - außer bei Regelförderung,
  - 4.3.2 die Beteiligung anderer Dienststellen (auch in fachtechnischer Hinsicht),
  - 4.3.3 den Umfang der zuwendungsfähigen Ausgaben (auch unter Berücksichtigung der Nr. 3.6),
  - 4.3.4 die Wahl der Finanzierungsart (Nr. 3),
  - 4.3.5 die Sicherung der Gesamtfinanzierung,
  - 4.3.6 die Darlegung der finanziellen Folgen, die dem Landkreis Leipzig aus der Förderung in künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich entstehen.
- 4.4 Bei einer Zuwendung an Betriebe oder Unternehmen, die wenigstens zum Teil der Förderung der Wirtschaft dienen soll, gilt zusätzlich Folgendes:
  - 4.4.1 Es bedarf stets eines schriftlichen Antrages.
  - 4.4.2 Dem Antragsteller sind im Antragsvordruck oder in anderer Weise im Zusammenhang mit dem Antrag die Tatsachen als subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) zu bezeichnen (§§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen mißbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen - SubvG -), die nach
    - 4.4.2.1 dem Zuwendungszweck,
    - 4.4.2.2 Rechtsvorschriften,
    - 4.4.2.3 dieser Richtlinie und den Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid (Nr. 6),

---

<sup>1</sup> Wird nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung gebucht, kann der Haushalts- oder Wirtschaftsplan dem jeweiligen Kontenplan entsprechen. Eine Überleitungsrechnung auf Einnahmen und Ausgaben ist beizufügen, soweit sie für die Bemessung der Zuwendung erforderlich ist.

<sup>2</sup> Die von einem Zuwendungsempfänger zu zahlende Umsatzsteuer ist grundsätzlich zuwendungsfähig. Dies gilt jedoch nicht für den Teil der Umsatzsteuer, den der Zuwendungsempfänger nach § 15 Umsatzsteuergesetz als Vorsteuer abziehen kann und zwar deshalb, weil dem Zuwendungsempfänger insoweit keine Ausgaben oder Kosten erwachsen. Unternehmer im Sinne des Umsatzsteuergesetzes ist jeder, der eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbständig ausübt (§ 2 UStG). Bei Vereinen, Forschungsbetrieben und ähnlichen Einrichtungen können sich Abgrenzungsschwierigkeiten bei der Frage der Unternehmereigenschaft ergeben. Für diese Fälle sind in Nummer 22 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Umsatzsteuergesetzes (Umsatzsteuerrichtlinien 2005) vom 16. Dezember 2004 (Bundessteuerblatt Teil I SDr. 3/2004), in der jeweils geltenden Fassung, die maßgeblichen Abgrenzungskriterien erläutert (mit typischen Beispielen). Die nachträgliche Feststellung, dass der Zuwendungsempfänger zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, führt zu einer entsprechenden Kürzung der Zuwendung nach Nr. 2 ANBest-I, -P und -K (vergleiche Nummer 5.3.9).

- 4.4.2.4 besonderen Verwaltungsvorschriften, Richtlinien oder sonstigen Zuwendungsvoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung von Bedeutung sind. Der Antragsteller ist auf die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs nach § 264 StGB hinzuweisen.
- 4.4.3 Zu den Tatsachen nach Nr. 4.4.2. gehören insbesondere solche,
  - 4.4.3.1 die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind,
  - 4.4.3.2 die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Finanzplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans, etwaiger Übersichten und Überleitungsrechnungen oder sonstiger nach Nr. 4.2 dem Antrag beizufügender Unterlagen sind,
  - 4.4.3.3 von denen nach Verwaltungsverfahrenrecht (§ 1 SächsVwVfG i.V.m. §§ 48, 49, 49a VwVfG ) oder anderen Rechtsvorschriften die Erstattung der Zuwendung abhängig ist,
  - 4.4.3.4 die sich auf die Art und Weise der Verwendung eines aus der Zuwendung beschafften Gegenstandes beziehen (§ 1 SächsSubvG i.V.m. § 3 Abs. 2 SubvG).
- 4.4.4 Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 1 SächsSubvG i.V.m. § 4 SubvG).
- 4.4.5 Der Antragsteller hat in dem Antrag oder in anderer Weise vor der Bewilligung schriftlich zu versichern, dass ihm die Tatsachen nach den Nr. 4.4.2 bis 4.4.4 als subventionserheblich und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt sind.
- 4.4.6 Ergeben sich aus den Angaben des Antragstellers, den eingereichten Unterlagen oder sonstigen Umständen Zweifel, ob die beantragte oder in Anspruch genommene Zuwendung mit den Zuwendungsvoraussetzungen im Einklang steht, so hat das Landratsamt Landkreis Leipzig durch sein entsprechendes Fachamt dem Zuwendungsempfänger die Tatsachen, deren Aufklärung zur Beseitigung der Zweifel notwendig erscheint, nachträglich als subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB zu bezeichnen (§ 1 SächsSubvG i.V.m. § 2 Abs. 2 SubvG).

## **5 Bewilligung**

- 5.1 Zuwendungen werden durch schriftlichen Zuwendungsbescheid nach Muster 2 bewilligt. Soweit dem Antrag des Zuwendungsempfängers nicht oder nicht vollständig entsprochen wird, ist dies zu begründen (§ 1 SächsVwVfG i.V.m. § 39 VwVfG).
- 5.2 Der Zuwendungsbescheid muss insbesondere enthalten:
  - 5.2.1 die genaue Bezeichnung des Zuwendungsempfängers,
  - 5.2.2 Art der Zuwendung (Nr. 2) und Höhe (Nr. 3) der Zuwendung,
  - 5.2.3 die genaue Bezeichnung des Zuwendungszwecks; die Bezeichnung muss nach Zielsetzung, Qualität und Umfang so eindeutig und detailliert festgelegt werden, dass sie auch als Grundlage für eine Erfolgskontrolle genutzt werden kann. Wenn mit Hilfe der Zuwendung Gegenstände erworben oder hergestellt werden, ist anzugeben, wie lange diese für den Zuwendungszweck gebunden sind,
  - 5.2.4 die Finanzierungsart (Nr. 3) und den Umfang der zuwendungsfähigen Ausgaben; werden bei Projektförderung der Bemessung der Zuwendung nicht die gesamten Ausgaben zugrunde gelegt, so muss, soweit erforderlich, aus dem Zuwendungsbescheid oder den Anlagen dazu die Abgrenzung der zuwendungsfähigen Ausgaben hervorgehen,
  - 5.2.5 den Bewilligungszeitraum; dieser kann insbesondere bei Zuwendungen zur Projektförderung über das laufende Haushaltsjahr hinausgehen, soweit hierfür eine haushaltrechtliche Ermächtigung vor-

handen ist,

- 5.2.6 bei Förderung desselben Zwecks durch mehrere Stellen (Nr. 1.4) die ausdrückliche Benennung der Stelle, gegenüber der der Verwendungsnachweis zu erbringen ist,
- 5.2.7 soweit zutreffend und erforderlich, den Hinweis auf die in Nr. 4.4.2 bis 4.4.4 bezeichneten subventionserheblichen Tatsachen sowie auf die Offenbarungspflicht nach § 1 SächsSubvG i.V.m. § 3 SubvG,
- 5.2.8 die anzuwendenden Nebenbestimmungen und etwaigen Abweichungen (Nr. 6),
- 5.2.9 eine Rechtsbehelfsbelehrung.
- 5.3 Das Landratsamt Landkreis Leipzig kann, anstatt einen Zuwendungsbescheid zu erlassen, ausnahmsweise einen Zuwendungsvertrag mit dem Zuwendungsempfänger schließen (§ 1 SächsVwVfG i.V.m. § 54 VwVfG). Hierbei gelten die Vorschriften für Zuwendungen durch Bescheid sinngemäß. Insbesondere ist in einem solchen Zuwendungsvertrag eine nach § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 49a VwVfG entsprechende Zinszahlungsregelung aufzunehmen.
- 5.4 Stellt sich, beispielsweise auf Grund einer Mitteilung des Zuwendungsempfängers heraus, dass der Zuwendungszweck mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist, hat das Landratsamt Landkreis Leipzig zu prüfen, ob das Vorhaben eingeschränkt, umfinanziert oder notfalls eingestellt wird, oder ob die Zuwendung ausnahmsweise erhöht werden kann.

## **6 Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid**

- 6.1 Allgemeine Nebenbestimmungen im Sinne des § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 36 VwVfG für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I), zur Projektförderung (ANBest-P) und zur Projektförderung bei kommunalen Körperschaften (ANBest-K) und zur Projektförderung auf Kostenbasis (ANBest-P-K) ergeben sich aus den Anlagen 1, 2, 3 und 4 zu dieser Richtlinie. Sie sind unverändert zum Bestandteil des Zuwendungsbescheides zu machen.

Der Landkreis Leipzig darf - auch nach Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides -

- 6.1.1 bei institutioneller Förderung die Verwendung von Mitteln eines Ansatzes des Haushalts- oder Wirtschaftsplanes für Zwecke eines anderen Ansatzes zulassen,
- 6.1.2 bei Projektförderung im Einzelfall eine Überschreitung der Einzelansätze des Finanzierungsplans (vgl. Nr. 4.2.1) um mehr als 20 v. H. zulassen, soweit die Überschreitung durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen ausgeglichen werden kann.
- 6.1.3 bei Projektförderung und institutioneller Förderung einen einfachen Verwendungsnachweis nach Nr. 7.4 ANBest-I bzw. Nr. 6.6 ANBest-P zulassen.
- 6.2 Im Falle der Festbetragsfinanzierung (Nr. 3.2.1) und der Bemessung von zuwendungsfähigen Ausgaben eines Vorhaben auf der Grundlage fester Beträge (Nr. 3.3) sind die Regelungen der ANBest-P über den zahlenmäßigen Nachweis den Erfordernissen des Einzelfalles anzupassen.
- 6.3 Über die allgemeinen Nebenbestimmungen (Nr. 6.1) hinaus sind je nach Art, Zweck und Höhe der Zuwendung sowie nach Lage des einzelnen Falles im Zuwendungsbescheid insbesondere zu regeln:
  - 6.3.1 bei nicht rückzahlbaren Zuwendungen, mit Ausnahme von Gebietskörperschaften, der Vorbehalt dinglicher Rechte an Gegenständen zur Sicherung eines etwaigen Erstattungsanspruchs, dies ist regelmäßig dann der Fall, wenn aus nicht rückzahlbaren Zuwendungen Grundstücke erworben werden,
  - 6.3.2 bei bedingt oder unbedingt rückzahlbaren Zuwendungen die Rückzahlung und Verzinsung sowie

die Sicherung des Rückzahlungsanspruchs; wegen der in Betracht kommenden Sicherheitsleistungen gelten die Nr. 1.5.1 und 1.5.2 zu § 59 VwV-SäHO<sup>3</sup> sinngemäß,

- 6.3.3 Besonderheiten hinsichtlich des Verwendungsnachweises.  
Das Landratsamt Landkreis Leipzig kann die Auszahlung eines Restbetrages der Zuwendung oder der gesamten Zuwendung von der Vorlage des Verwendungsnachweises abhängig machen. Bei Zuschüssen für Baumaßnahmen im Rahmen von Projektförderungen soll eine entsprechende Schlussrate festgelegt werden. Voraussetzung für die Einbehaltung einer Schlussrate ist die Aufnahme eines entsprechenden Vorbehalts in den Zuwendungsbescheid. Eine Schlussrate wird insbesondere in den Fällen in Betracht kommen, in denen erfahrungsgemäß der Zuwendungsempfänger selbst eine Schlussrate einbehält (z. B. bei Bauvorhaben).
- 6.3.4 bei institutioneller Förderung die entsprechende Anwendung haushaltsrechtlicher Vorschriften, insbesondere des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.
- 6.3.5 In geeigneten Fällen ist der Zuwendungsbescheid mit dem Vorbehalt zu versehen, dass die Förderung aus zwingenden Gründen ganz oder teilweise eingestellt werden kann (insoweit Widerruf nach § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 49 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 36 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG). Ein Vorbehalt kommt insbesondere in Betracht bei längerfristigen Projekten und bei Einrichtungen, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln institutionell gefördert werden.

## **7 Zuwendungen für Baumaßnahmen**

- 7.1 Zuwendungen für Baumaßnahmen dürfen erst veranschlagt werden, wenn Pläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die Kosten der geförderten Baumaßnahme sowie die Finanzierung und ein Zeitplan ersichtlich sind. Eine Anfinanzierung von Vorhaben, deren Gesamtfinanzierung nicht hinreichend gesichert ist, ist unzulässig. Zuwendungen für zeitlich begrenzte Projekte dürfen nur für Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Ebenso muss der Empfänger die Gewähr dafür bieten, dass er auch in finanzieller Hinsicht in der Lage ist, die ordnungsgemäße Verwendung bzw. Unterhaltung der errichteten Anlagen zu sichern. Die Kosten für den Grunderwerb sind nicht förderfähig.
- 7.2 Für den Fall einer gemeinsamen Förderung von Baumaßnahmen mit dem Freistaat Sachsen bzw. der Bundesrepublik Deutschland sind die Nr. 6.1 bis 6.3 zu § 44 VwV-SäHO entsprechend anzuwenden.

## **8 Auszahlung der Zuwendungen**

- 8.1 Die Zuwendungen dürfen nur insoweit und nicht eher ausgezahlt werden, als sie voraussichtlich innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigt werden.
- 8.2 Bei Projektförderung längerfristiger Vorhaben sollen nur Teilbeträge ausgezahlt und die Auszahlung in der Regel davon abhängig gemacht werden, dass die Verwendung der bereits gezahlten Teilbeträge in summarischer Form nachgewiesen wird.
- 8.3 Für den Fall einer gemeinsamen Förderung von Baumaßnahmen mit dem Freistaat Sachsen bzw.

---

<sup>3</sup> So kann Sicherheit gewährleistet werden durch: Hinterlegung von Wertpapieren (§ 234 BGB), Verpfändung beweglicher Sachen (§ 237 BGB), Bestellung von Grundpfandrechten an inländischen Grundstücken (§§ 232, 1113 ff., 1191 ff. BGB), Verpfändung von Forderungen, die für eine Hypothek an einem inländischen Grundstück oder an einem eingetragenen Schiff besteht (§ 238 BGB), Verpfändung von Grundschulden oder Rentenschulden an inländischen Grundstücken (§ 238 BGB), Stellung eines tauglichen Bürgers unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage (§ 239 BGB), Abtretung von Forderungen (§ 398 BGB), Sicherungsübereignung (§§ 929, 930 BGB), Eigentumsvorbehalt (§ 455 BGB).

Sicherheiten an Grundstücken sollen nur bei längerfristigen Stundungen und bei einem angemessenen Verhältnis zwischen den Kosten und der Höhe des Anspruchs gefordert oder angenommen werden.



der Bundesrepublik Deutschland ist die Nr. 7.2 des § 44 VwV-SäHO entsprechend anzuwenden.

- 8.4 Der nach Nr. 6.3.3 einbehaltene Betrag ist, soweit nicht besondere Hinderungsgründe bestehen, spätestens zwei Monate nach Vorlage der für den Verwendungsnachweis notwendigen Unterlagen auszuzahlen. Vor der Auszahlung hat das Landratsamt Landkreis Leipzig den Verwendungsnachweis auf Vollständigkeit der Unterlagen und Plausibilität der Angaben sowie darauf zu überprüfen, dass Hindernisse gegen die Auszahlung offensichtlich nicht bestehen.
- 8.5 Zuwendungen sollen in geeigneten Fällen erst nach Vorlage des Verwendungsnachweises in einer Summe ausgezahlt werden. Nr. 8.4 Satz 2 gilt entsprechend.

## **9 Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf des Zuwendungsbescheides, Erstattung der Zuwendung und Verzinsung**

- 9.1 Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf von Zuwendungsbescheiden sowie die Erstattung der Zuwendung und die Verzinsung des Erstattungsanspruchs richten sich nach dem Verwaltungsverfahrensrecht (vgl. insbesondere § 1 SächsVwVfG i.V.m. §§ 43, 44, 48, 49 und § 49a VwVfG bzw. §§ 45, 47, 50 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch). Die erforderlichen Verwaltungsakte sind unter Angabe der Rechtsgrundlage schriftlich zu begründen (§ 1 SächsVwVfG i.V.m. § 39 VwVfG).
- 9.2 Es ist wie folgt zu verfahren:
- 9.2.1 Das Landratsamt Landkreis Leipzig hat die Zuwendung, auch wenn sie bereits verwendet worden ist, insoweit unverzüglich zurückzufordern, als im Zuwendungsbescheid enthaltene Befristungen wirksam geworden oder Bedingungen eingetreten sind (§ 1 SächsVwVfG i.V.m. § 36 Abs. 2 Nr. 1 und 2 VwVfG). Eine auflösende Bedingung ist insbesondere in einer nachträglichen Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung nach Nr. 2 der Allgemeinen Nebenbestimmungen zu sehen.
- 9.2.2 Das Landratsamt Landkreis Leipzig hat einen rechtswidrigen Zuwendungsbescheid in der Regel nach § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 48 VwVfG mit Wirkung für die Vergangenheit ganz oder teilweise unverzüglich zurückzunehmen und die Zuwendung, auch wenn sie bereits verwendet worden ist, zurückzufordern. Das gilt insbesondere soweit der Zuwendungsempfänger den Zuwendungsbescheid durch Angaben erwirkt hat, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren. Dies ist anzunehmen, wenn bei richtigen oder vollständigen Angaben der Zuwendungsbescheid nicht ergangen oder die Zuwendung in geringerer Höhe bewilligt worden wäre.
- 9.2.3 Das Landratsamt Landkreis Leipzig hat einen Zuwendungsbescheid in der Regel nach § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 49 Abs. 3 VwVfG mit Wirkung auch für die Vergangenheit ganz oder teilweise unverzüglich zu widerrufen und die Zuwendung, auch wenn sie bereits verwendet worden ist, zurückzufordern, soweit sie nicht oder nicht mehr ihrem Zweck entsprechend verwendet wird.
- 9.2.4 Ein Fall des § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 49 Abs. 3 VwVfG liegt auch vor, wenn aus der Zuwendung beschaffte Gegenstände während ihrer zeitlichen Bindung nicht oder nicht mehr zweckentsprechend verwendet werden. Der Zuwendungsbescheid ist in der Regel entsprechend dem auf die Gegenstände entfallenen Zuwendungsbetrag zu widerrufen. Bei der Entscheidung über den Widerruf soll die Zeit der zweckentsprechenden Verwendung angemessen berücksichtigt werden. Das Landratsamt Landkreis Leipzig kann von einem Widerruf des Zuwendungsbescheides absehen, wenn
- der Zuwendungsempfänger nachweist, dass die Gegenstände für den Zweck der Zuwendung nicht mehr geeignet sind und ein vermögenswerter Vorteil nicht mehr gezogen werden kann,
  - die Gegenstände mit Einwilligung des Landratsamtes Landkreis Leipzig für andere förderungsfähige Zwecke verwendet werden, seit der Anschaffung oder Fertigstellung der Gegenstände bei Grundstücken (einschließlich Gebäuden) und grundstücksgleichen Rechten mindestens 25 Jahre, im Übrigen 10 Jahre vergangen sind, sofern nicht ohnehin bereits vorher die Frist der zeitlichen Bindung abgelaufen ist.
- 9.2.5 Eine Zuwendung wird alsbald verwendet (§ 49 Abs. 3 Nr. 1 VwVfG), wenn sie innerhalb von zwei Monaten (Nummer 8.1) nach Auszahlung für fällige Zahlungen verbraucht wird.

- 9.3 In den Fällen der Nr. 9.2.2 bis 9.2.5 sowie bei den übrigen Ermessungsentscheidungen nach § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 49 VwVfG hat das Landratsamt Landkreis Leipzig bei der Ausübung seines Ermessens die Besonderheiten des Einzelfalles, u.a. auch die Zeitdauer der zweckentsprechenden Verwendung sowie die Interessen des Zuwendungsempfängers und die öffentlichen Interessen gleichermaßen zu berücksichtigen. Auf die Anhörungspflicht nach § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 28 VwVfG wird hingewiesen.
- 9.4 Es ist stets darauf zu achten, dass die Rücknahme oder der Widerruf des Zuwendungsbescheides innerhalb der Jahresfrist nach § 1 SächsVwVfG i.V. m. § 48 Abs. 4 und § 49 Abs. 2 Satz 2; Abs. 3 Satz 2 VwVfG erfolgt. Die Frist beginnt, wenn einem zuständigen Amtsverwalter der Behörde die Tatsachen, die die Rücknahme oder den Widerruf rechtfertigen, vollständig bekannt sind. Derartige Tatsachen sind unverzüglich aktenkundig zu machen.
- 9.5 Unbeschadet § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 49a Abs. 3 Satz 2 VwVfG ist der Erstattungsanspruch vom Eintritt der Unwirksamkeit des Zuwendungsbescheides an, nach Maßgabe des § 49 a Abs. 3 Satz 1 VwVfG, jährlich zu verzinsen.  
Im Fall der Rücknahme oder des Widerrufs für die Vergangenheit entsteht der Erstattungsanspruch in dem im Rücknahme- oder Widerrufsbescheid angegebenen Zeitpunkt. Das ist regelmäßig der Zeitpunkt, an dem die zur Rücknahme oder Widerruf führenden Umstände eingetreten sind. Bei einer auflösenden Bedingung wird der Zuwendungsbescheid mit deren Eintritt unwirksam.
- 9.6 Im Falle der Nichterhebung von Zinsen sind die Gründe aktenkundig zu machen.
- 9.7 Wird die Zuwendung nicht innerhalb von zwei Monaten zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet (Nr. 9.2.5) und wird der Zuwendungsbescheid nicht widerrufen, sind regelmäßig für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen zu verlangen.
- 9.8 Die Berechnung und Erhebung der Zinsen richtet sich nach den unten in der Fußnote genannten Regelungen<sup>4</sup>.
- 10 Überwachung der Verwendung**
- 10.1 Das Landratsamt Landkreis Leipzig hat durch sein entsprechendes Fachamt die Verwendung der Zuwendung zu überwachen.

---

<sup>4</sup> Zinsvorschriften

1 Berechnung von Zinsen

1.1 Bei der Berechnung der Zinsen wird das Jahr mit 360 Tagen und jeder Monat mit 30 Tagen gerechnet. Ergeben sich im Laufe der Berechnung Bruchteile eines Cents ist erst das Ergebnis kaufmännisch zu runden.

1.2 Die Verzinsung beginnt bei Verzug von dem Tag an, der dem Fälligkeitstag bzw. dem Tag des Eintritts des Verzugs folgt, bei Rückzahlung unrechtmäßig erhobener Beträge von dem Tag an, der dem Einzahlungstag des zu Unrecht erhobenen Betrages folgt.

1.3 Die Verzinsung endet mit Ablauf des Tages, an dem die Schuld beglichen wird.

1.4 Bei teilweiser Abzahlung oder Rückzahlung von Teilbeträgen ist am Tage der Teilzahlung noch das unverminderte Kapital zu verzinsen.

1.5 Reichen entrichtete Geldbeträge zur Deckung der Hauptschuld nebst Zinsen und Kosten nicht aus, sind aus ihnen zunächst die entstandenen Kosten, sodann die bis zum Tage der Entrichtung aufgelaufenen Zinsen, zu decken. Der verbleibende Betrag ist auf die Hauptschuld anzurechnen (vergleiche § 367 BGB).

2 Nichterhebung von Zinsen

2.1 Für die Anforderung, Erhebung und Einziehung von Zinsen gelten § 105 SÄHO i.V.m. § 59 SÄHO.

2.2 Von der Erhebung kann ferner abgesehen werden, wenn der Zinsanspruch nicht mehr als 10 EUR beträgt.

3 Zahlungstermine für Zinsen

3.1 Die Zinsen sind, soweit nicht andere Termine bestimmt werden, am Fälligkeitstag zusammen mit den geschuldeten Beträgen zu entrichten.

3.2 Bei fälligen Teilzahlungen sind die Zinsen bei jeder Zahlung aus dem vor der Teilzahlung noch geschuldeten Betrag zu entrichten.

- 10.2 Wer Ausgaben für Zuwendungen bewirtschaftet, hat für jedes Haushaltsjahr eine Übersicht zu führen über:
- 10.2.1 Empfänger, Art, Höhe und Zweck der Zuwendung, Haushaltsstelle,
- 10.2.2 die zur Zahlung angewiesenen Beträge sowie die eingegangenen Verpflichtungen,
- 10.2.3 den vorgeschriebenen Zeitpunkt für die Vorlage des Verwendungsnachweises, dessen Eingang sowie den Zeitpunkt der Prüfung durch die Verwaltung.
- 11 Nachweis der Verwendung**  
Das Landratsamt Landkreis Leipzig hat durch sein entsprechendes Fachamt von dem Zuwendungsempfänger den Nachweis der Verwendung entsprechend den Nebenbestimmungen zu verlangen.
- 12 Prüfung des Verwendungsnachweises**
- 12.1 Das Landratsamt Landkreis Leipzig hat durch sein entsprechendes Fachamt unverzüglich nach Eingang des Verwendungsnachweises festzustellen, ob nach den Angaben im Verwendungsnachweis Anhaltspunkte für die Geltendmachung eines Erstattungsanspruches gegeben sind. Dabei ist zu prüfen, ob
- der Zuwendungszweck erreicht und die Mittel für den bei Bewilligung bestimmten Zweck verwendet wurden,
  - der Finanzierungsplan eingehalten worden ist oder sich insbesondere die zuwendungsfähigen Ausgaben vermindert haben oder sich die Finanzierung geändert hat.
- Liegen Anhaltspunkte nach Satz 1 oder 2 vor, so ist der Verwendungsnachweis unverzüglich gemäß der Nummer 12.2 zu prüfen. Ergeben sich aus der Prüfung Erstattungsansprüche oder Zinsforderungen, sind diese umgehend unter Berücksichtigung der Nummer 9 geltend zu machen.
- 12.2 Bei Verwendungsnachweisen, bei denen Anhaltspunkte für die Geltendmachung von Erstattungsansprüchen oder Zinsforderungen vorliegen, ist zu prüfen, ob
- 12.2.1 der Verwendungsnachweis den im Zuwendungsbescheid (einschließlich der Nebenbestimmungen) festgelegten Anforderungen entspricht,
- 12.2.2 die Zuwendungen nach den Angaben im Verwendungsnachweis und den ggf. beigefügten Belegen, Verträgen und Unterlagen über die Vergabe von Aufträgen zweckentsprechend verwendet worden ist,
- 12.2.3 der mit der Zuwendung beabsichtigte Zweck erreicht worden ist. Dabei ist – soweit in Betracht kommend – eine begleitende und abschließende Erfolgskontrolle durchzuführen.
- 12.2.4 Das Landratsamt Landkreis Leipzig kann die Angaben und beigefügten Unterlagen im Verwendungsnachweis vollständig prüfen oder sich auf Stichproben beschränken. Es kann weitere Belege, Ergänzungen oder Erläuterungen verlangen und örtliche Erhebungen durchführen. Vorgelegte Belege sind, soweit sie in die Prüfung einbezogen wurden, mit einem Prüfzeichen zu versehen und an den Zuwendungsempfänger zurückzugeben.
- 12.3 Der Umfang und das Ergebnis der Prüfung sind in einem Prüfungsvermerk niederzulegen. Dabei ist auch festzuhalten, welche Unterlagen beim Landratsamt Landkreis Leipzig eingegangen sind (einschließlich Eingangsdatum).
- 12.4 Die prüfende Stelle übersendet den nach Nr. 1.4 beteiligten Stellen eine Ausfertigung des Verwendungsnachweises und des Prüfungsvermerks. Entsprechendes gilt für den Fall, dass mehrere Fachämter des Landratsamtes Landkreis Leipzig an der Zuwendungsbearbeitung beteiligt sind.

- 12.5 Je eine Ausfertigung des Prüfungsvermerks ist mit einer Ausfertigung des Verwendungsnachweises zu den Bewilligungsakten zu nehmen.

### **13 Weitergabe von Zuwendungen durch den Zuwendungsempfänger**

- 13.1 Das Landratsamt Landkreis Leipzig kann im Zuwendungsbescheid vorsehen, dass der Zuwendungsempfänger als Erstempfänger die Zuwendung ganz oder teilweise weiterleiten darf. Durch die zweckbestimmte Weiterleitung erfüllt der Erstempfänger den Zuwendungszweck.

Dieses ist insoweit nur zulässig als der Erstempfänger auf der Grundlage seiner besonderen Organisationsform, z.B. Kreissportbund Landkreis Leipzig e.V., Kinder- und Jugendring Landkreis Leipzig e.V., Fördermittel an seine Mitglieder auf deren berechtigten Antrag hin weiterleitet, sofern es sich bei diesen um juristische oder natürliche Personen handelt.

Mitglieder einer solchen besonderen Organisationsform sind in gleichartigen Angelegenheiten nicht unmittelbar antragsberechtigt gegenüber dem Landkreis Leipzig.

Mittel, die vom Erstempfänger beabsichtigt sind, an dessen Mitglieder weiterzuleiten, sind in Form eines eigenständigen Antrages auf Zuwendung des Landkreises Leipzig nach Maßgabe dieser Richtlinie und dazugehöriger ergänzender Richtlinien zu beantragen.

- 13.2 Die Weiterleitung der Zuwendungen vom Erstempfänger an seine Mitglieder ist nur in Form eines privatrechtlichen Vertrages zulässig.

- 13.3 Bei der Bewilligung von Mitteln zur Weitergabe in privatrechtlicher Form durch den Erstempfänger sind für die Weitergabe insbesondere zu regeln:

- 13.3.1 die Weitergabe in Form eines privatrechtlichen Vertrags,
- 13.3.2 der Zuwendungszweck und die Maßnahmen, die im einzelnen gefördert werden sollen sowie die Dauer der Zweckbindung von aus der Zuwendung beschafften Gegenständen,
- 13.3.3 der als Letztempfänger in Betracht kommende Personenkreis,
- 13.3.4 die Voraussetzungen, die beim Letztempfänger erfüllt sein müssen, um die Zuwendung an ihn weiterleiten zu können,
- 13.3.5 die Zuwendungsart, die Finanzierungsart, die Finanzierungsform, die in Betracht kommenden zuwendungsfähigen Ausgaben oder Kosten und der Bewilligungszeitraum,
- 13.3.6 gegebenenfalls Einzelheiten zur Antragstellung durch den Letztempfänger (zum Beispiel Termine, fachliche Beteiligung anderer Stellen, Antragsunterlagen),
- 13.3.7 der Rücktritt vom Vertrag aus wichtigem Grund mit dem Hinweis, dass ein wichtiger Grund für einen Rücktritt vom Vertrag insbesondere gegeben ist, wenn
- die Voraussetzungen für den Vertragsabschluss nachträglich entfallen sind,
  - der Abschluss des Vertrages durch Angaben des Letztempfängers zustandegekommen ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren,
  - der Letztempfänger bestimmten, im Zuwendungsbescheid im Einzelnen zu nennenden, Verpflichtungen nicht nachkommt.

- 13.4 Dem Erstempfänger ist aufzuerlegen, in dem privatrechtlichen Vertrag (Nr. 13.2) insbesondere zu regeln:

- 13.4.1 die Art und Höhe der Zuwendung,
- 13.4.2 den Zuwendungszweck und die Dauer der Zweckbindung von aus der Zuwendung beschafften Gegenständen,

- 13.4.3 die Finanzierungsart und der Umfang der zuwendungsfähigen Ausgaben,
- 13.4.4 den Bewilligungszeitraum,
- 13.4.5 die Abwicklung der Maßnahme und die Prüfung der Verwendung der Zuwendung entsprechend den Nrn. 1 bis 7 ANBest-P. Die in Betracht kommenden Bestimmungen sind dem Inhalt nach unmittelbar in den Vertrag zu übernehmen; das entsprechend Nr. 7.1 ANBest-P für den Erstempfänger vorzusehende Prüfungsrecht ist auch für die Bewilligungsbehörde (einschließlich für einen von ihr Beauftragten) sowie für das Rechnungsprüfungsamt des Landratsamtes Landkreis Leipzig auszubedingen,
- 13.4.6 die Anerkennung der Gründe für einen Rücktritt vom Vertrag, der Rückzahlungsverpflichtungen und der sonstigen Rückzahlungsregelungen durch den Letztempfänger,
- 13.4.7 die Verzinsung von Rückzahlungsansprüchen.

#### **14 Abweichende Regelung bei gemeinsamer Förderung mit dem Freistaat Sachsen**

Soweit der Landkreis Leipzig gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen dieselbe Maßnahme fördert, gelten die Bestimmungen dieser Richtlinie gleichwohl soweit die Regelungen des § 44 VwV-SäHO keine ergänzenden Bestimmungen enthalten.

#### **15 Vorrangige Verfahrensregelungen**

- 15.1 Soweit auf Vorschriften des VwVfG Bezug genommen wird, treten ggf. vorrangige inhaltsgleiche oder entsprechende gesetzliche Regelungen an deren Stelle.
- 15.2 Wird für einzelne Bereiche eine fachspezifische Richtlinie zu dieser allgemeinen Richtlinie beschlossen, so gelten die Bestimmungen der fachspezifischen Richtlinie vorrangig.

Die Allgemeinen Zinsvorschriften (Anlage zu § 34 der VwV-SäHO) sind deklaratorisch beigelegt.

Mit Veröffentlichung dieser Richtlinie tritt die Richtlinie für die Bewilligung von Zuwendungen des Landkreises Leipziger Land (Beschluss 2002/079 vom 12.06.2002) außer Kraft.

Borna, den 02.12.2009

gez. -Siegel -  
Dr. Gerhard Gey  
Landrat

#### **Anlage 1 Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I)**

Die ANBest-I enthalten Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) im Sinne von § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 36 VwVfG sowie notwendige Erläuterungen. Die Nebenbestimmungen sind als Bestandteil des Zuwendungsbescheids verbindlich, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

##### **Inhaltsübersicht**

- Nr. 1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung
- Nr. 2 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung
- Nr. 3 Vergabe von Aufträgen
- Nr. 4 Inventarisierungspflicht
- Nr. 5 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers
- Nr. 6 Buchführung

- Nr. 7 Nachweis der Verwendung
- Nr. 8 Prüfung der Verwendung
- Nr. 9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung
- Nr. 10 Vorrangige Verfahrensregelungen

## **1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung**

- 1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.
- 1.2 Alle eigenen Mittel und mit dem Zweckzweck zusammenhängende Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter) des Zuwendungsempfängers sind als Deckungsmittel für alle Ausgaben einzusetzen. Der Haushalts- und Wirtschaftsplan einschließlich Organisations- und Stellenplan ist verbindlich.
- 1.3 Der Zuwendungsempfänger darf seine Beschäftigten finanziell nicht besser stellen als vergleichbare kommunale Bedienstete; höhere Vergütungen als im jeweils gültigen Tarifvertrag festgelegt sowie sonstige über- oder außertarifliche Leistungen dürfen nicht gewährt werden. Sind im Wirtschaftsplan Stellen, die über die höchste tarifvertraglich zulässige Vergütungsgruppe hinausgehen, ohne Angabe der Höhe der Vergütung ausgebracht, bedarf die Festsetzung der Vergütung in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung des Landratsamtes Landkreis Leipzig.
- 1.4 Beim Abschluss von Versicherungen ist das Besserstellungsverbot im Vergleich zu Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu beachten.
- 1.5 Die Zuwendung darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird. Die Anforderung jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfes erforderlichen Angaben enthalten. Wird ein im Haushaltsjahr zu deckender Fehlbedarf anteilig durch mehrere Zuwendungsgeber finanziert, so darf die Zuwendung jeweils nur anteilig mit den Zuwendungen der anderen Zuwendungsgeber finanziert werden.
- 1.6 Am Jahresende nicht verbrauchte ausgezahlte Zuwendungen werden auf die Auszahlungen zu Beginn des Folgejahres angerechnet.
- 1.7 Zahlungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen aus der Zuwendung nur bewirkt werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.
- 1.8 Ausgabereise und Rücklagen dürfen nicht gebildet werden. Dem steht die Beibehaltung oder Ansammlung einer sparsam bemessenen „Betriebsmittelreserve“ zum Jahresende nicht entgegen, soweit sie aus Liquiditätsgründen notwendig ist. Die Bildung von Rückstellungen ist nur zulässig, soweit sie gesetzlich vorgeschrieben ist.

## **2 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung**

- Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Haushalts- oder Wirtschaftsplan veranschlagten zuwendungsfähigen Ausgaben, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung
- 2.1 bei Anteilfinanzierung<sup>1</sup> anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers,
  - 2.2 bei Fehlbedarfsfinanzierung<sup>1</sup> um den vollen in Betracht kommenden Betrag; wird derselbe Zweckzweck von mehreren öffentlich-rechtlichen Zuwendungsgebern gefördert, so wird der Betrag im Verhältnis der von diesen Zuwendungsgebern gewährten Zuwendungen aufgeteilt.

---

<sup>1</sup> Im Zuwendungsbescheid wird die in Betracht kommende Finanzierungsart bestimmt.

### **3 Vergabe von Aufträgen**

- 3.1 Förderungen von Maßnahmen erfolgen nur dann, wenn von Seiten des Antragstellers das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eingehalten wird. Insoweit können bei der Vergabe von Bauleistungen oder Aufträgen für Lieferungen und Leistungen derartige Maßnahmen nur dann gefördert werden, wenn die Verdingungsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A) bzw. die Verdingungsordnung für Leistungen Teil A (VOL/A) eingehalten werden.  
Dies ist entsprechend nachzuweisen.
- 3.2 Das Landratsamt Landkreis Leipzig ist berechtigt, Vergabeprüfungen durchzuführen.  
Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers, aufgrund von §§ 98 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) die VOB/A, VOL/A bzw. VOF anzuwenden bleiben unberührt.

### **4 Inventarisierungspflicht**

Der Zuwendungsempfänger hat Gegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungswert 150 EUR brutto übersteigt, zu inventarisieren.

### **5 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers**

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich dem Landratsamt Landkreis Leipzig anzuzeigen, wenn

- 5.1 er nach Vorlage des Haushalts- oder Wirtschaftsplanes weitere Zuwendungen bei anderen öffentlichen Stellen beantragt hat oder erhält,
- 5.2 für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,
- 5.3 die abgerufenen oder ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung verbraucht werden können.

### **6 Buchführung**

- 6.1 Die Kassen- und Buchführung sind entsprechend den Regeln der Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO), einzurichten, es sei denn, dass die Bücher nach den für den Bund oder den Freistaat Sachsen geltenden Vorschriften oder nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung geführt werden.
- 6.2 Die Belege müssen die im Geschäftsverkehr üblichen Angaben und Anlagen enthalten, die Ausgabebelege insbesondere den Zahlungsempfänger, Grund und Tag der Zahlung, den Zahlungsbeweis und bei Gegenständen den Verwendungszweck.
- 6.3 Der Zuwendungsempfänger hat die Bücher, Belege und alle sonstigen Geschäftsunterlagen fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist.

### **7 Nachweis der Verwendung**

- 7.1 Die Verwendung der Zuwendung ist innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Haushalts- und Wirtschaftsjahres nachzuweisen (Verwendungsnachweis - Muster 3). Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis.
- 7.2 In dem Sachbericht sind die Tätigkeit des Zuwendungsempfängers sowie das erzielte Ergebnis im abgelaufenen Haushalts- und Wirtschaftsjahr darzustellen. Tätigkeits-, Lage-, Abschluss- und Prüfungsberichte und etwaige Veröffentlichungen sind beizufügen.

- 7.3 Der zahlenmäßige Nachweis besteht für den Fall, dass der Zuwendungsempfänger nach Einnahmen und Ausgaben bucht, aus der Jahresrechnung. Diese muss alle Einnahmen und Ausgaben des abgelaufenen Haushaltsjahres in der Gliederung des Haushalts- oder Wirtschaftsplans enthalten sowie das Vermögen und die Schulden zu Beginn und Ende des Haushaltsjahres ausweisen. Bei kaufmännischer doppelter Buchführung des Zuwendungsempfängers besteht der zahlenmäßige Nachweis aus dem Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, bei Kapitalgesellschaften auch Anhang und Lagebericht zum Jahresabschluss) sowie auf Verlangen des Landratsamtes Landkreis Leipzig einer Überleitungsrechnung auf Einnahmen und Ausgaben. In der Überleitungsrechnung sind die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben nach den Ansätzen des Haushalts- oder Wirtschaftsplans abzurechnen. Werden neben der institutionellen Förderung auch Zuwendungen zur Projektförderung bewilligt, so sind im zahlenmäßigen Nachweis die im abgelaufenen Haushaltsjahr gewährten Zuwendungen zur Projektförderung einzeln nachrichtlich anzugeben.
- 7.4 Sofern ein einfacher Verwendungsnachweis zugelassen ist, besteht dieser aus der Jahresrechnung oder dem Jahresabschluss. Die Jahresrechnung muss alle Einnahmen und Ausgaben des abgelaufenen Haushalts- oder Wirtschaftsjahres entsprechend der Gliederung des Haushalts- oder Wirtschaftsplanes, das Vermögen und die Schulden zu Beginn und am Ende des Haushalts- oder Wirtschaftsjahres ausweisen. Wird der Jahresabschluss nach den Regeln der doppelten Buchführung erstellt, so ist die Gewinn- und Verlustrechnung durch eine Überleitungsrechnung auf Einnahmen und Ausgaben zu ergänzen.
- 7.5 Im Verwendungsnachweis ist zu bestätigen, dass die Ausgaben notwendig waren, dass wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben mit den Büchern und Belegen übereinstimmen.

## **8 Prüfung der Verwendung**

- 8.1 Das Landratsamt Landkreis Leipzig ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.
- 8.2. Das Landratsamt Landkreis Leipzig kann sich zu solchen Prüfzwecken insbesondere seines jeweiligen Fachamtes sowie seines Rechnungsprüfungsamtes bedienen.

## **9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**

- 9.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrensrecht (§ 1 SächsVwVfG i.V.m. §§ 43, 48, 49, 49a VwVfG bzw. §§ 45, 47, 50 SGB X) oder anderen Rechtsvorschriften unwirksam oder mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird.
- 9.2 Nr. 9.1 gilt insbesondere, wenn
- 9.2.1 eine auflösende Bedingung eingetreten ist (z.B. nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung nach Nr. 2),
- 9.2.2 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,
- 9.2.3 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet worden ist.
- 9.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit der Zuwendungsempfänger
- 9.3.1 die Zuwendung nicht alsbald nach Auszahlung für fällige Zahlungen verwendet oder
- 9.3.2 Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschrie-



benen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt sowie Mitteilungspflichten (Nr. 5) nicht rechtzeitig nachkommt. Dies gilt auch dann, wenn ein Verfahren nach der Insolvenzordnung beantragt oder eröffnet wird oder das Landratsamt Landkreis Leipzig sich den Widerruf im Zuwendungsbescheid ausdrücklich vorbehalten hat.

9.4 Der Erstattungsanspruch ist nach Maßgabe des § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 49 a Abs. 3 VwVfG jährlich zu verzinsen.

9.5 Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, werden regelmäßig für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen nach Maßgabe des § 49a Abs. 3 i.V.m. § 49a Abs. 4 jährlich verlangt.

## **10 Vorrangige Verfahrensregelungen**

Soweit auf Vorschriften des VwVfG Bezug genommen wird, treten ggf. vorrangige inhaltsgleiche oder entsprechende gesetzliche Regelungen an deren Stelle.

### Anlage 2 Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)

Die ANBest-P enthalten Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) im Sinne von § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 36 Verwaltungsverfahrensgesetz sowie notwendige Erläuterungen. Die Nebenbestimmungen sind als Bestandteil des Zuwendungsbescheids verbindlich, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

#### Inhaltsübersicht

- Nr. 1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung
- Nr. 2 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung
- Nr. 3 Vergabe von Aufträgen
- Nr. 4 Zur Erfüllung des Zuwendungszweckes beschaffte Gegenstände
- Nr. 5 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers
- Nr. 6 Nachweis der Verwendung
- Nr. 7 Prüfung der Verwendung
- Nr. 8 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung
- Nr. 9 Vorrangige Verfahrensregelungen

## **1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung**

1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

1.2 Alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter) und der Eigenanteil des Zuwendungsempfängers sind als Deckungsmittel für alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben einzusetzen. Der Finanzierungsplan (aufgegliederte Berechnung der mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben mit einer Übersicht über die beabsichtigte Finanzierung) ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich. Die Einzelansätze dürfen um bis zu 20 vom Hundert überschritten werden, soweit die Überschreitung durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der zuwendungsfähigen Ausgaben ausgeglichen werden kann. Beruht die Überschreitung eines Einzelansatzes auf behördlichen Bedingungen oder Auflagen, insbesondere im Rahmen des baurechtlichen Verfahrens, sind innerhalb des Gesamtergebnisses des Finanzierungsplanes auch weitergehende Abweichungen zulässig. Im Übrigen sind Überschreitungen zulässig, wenn sie der Zuwendungsempfänger voll aus eigenen Mitteln trägt. Die Sätze 2 bis 4 finden bei der Festbetragsfinanzierung keine Anwendung.

1.3 Dürfen aus der Zuwendung auch Personalausgaben oder sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden und werden die Gesamtausgaben des Zuwendungsempfängers überwiegend aus Zu-

wendungen der öffentlichen Hand bestritten, darf der Zuwendungsempfänger seine Beschäftigten finanziell nicht besserstellen als vergleichbare Bedienstete; höhere Vergütungen als im jeweils gültigen Tarifvertrag festgelegt sowie sonstige über- und außertarifliche Leistungen dürfen nicht gewährt werden.

- 1.4 Die Zuwendung darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie für längstens innerhalb von zwei Monaten fällige Leistungen benötigt wird. Die Anforderung sowie die damit seitens des Landratsamtes Landkreis Leipzig verbundene interne Anordnung jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten. Im Übrigen dürfen die Zuwendungen wie folgt in Anspruch genommen werden:
- 1.4.1 bei Anteil- oder Festbetragsfinanzierung<sup>1</sup> jeweils anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers,
- 1.4.2 bei Fehlbedarfsfinanzierung<sup>1</sup>, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel des Zuwendungsempfängers verbraucht sind. Wird ein im Haushaltsjahr zu deckender Fehlbedarf durch mehrere Zuwendungsgeber finanziert, so darf die Zuwendung jeweils nur anteilig mit den Zuwendungen der anderen Zuwendungsgeber angefordert werden.
- 1.5 Der Zuwendungsbescheid kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht zu erreichen ist.
- 1.6 Zahlungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen aus der Zuwendung nur vereinbart oder bewirkt werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.

## **2 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung**

Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten zuwendungsfähigen Ausgaben, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung,

- 2.1 bei Anteilfinanzierung<sup>1</sup> anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers
- 2.2 bei Fehlbedarfsfinanzierung<sup>1</sup> um den vollen in Betracht kommenden Betrag.  
Wird derselbe Zuwendungszweck von mehreren öffentlich-rechtlichen Zuwendungsgebern gefördert, wird der Betrag im Verhältnis der von diesen Zuwendungsgebern gewährten Zuwendungen aufgeteilt.

## **3 Vergabe von Aufträgen**

Förderungen von Maßnahmen erfolgen nur dann, wenn von Seiten des Antragstellers das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eingehalten wird. Insoweit können bei der Vergabe von Bauleistungen oder Aufträgen für Lieferungen und Leistungen derartige Maßnahmen nur dann gefördert werden, wenn die Verdingungsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A) bzw. die Verdingungsordnung für Leistungen Teil A (VOL/A) eingehalten werden.  
Dies ist entsprechend nachzuweisen.

Das Landratsamt Landkreis Leipzig ist berechtigt, Vergabeprüfungen durchzuführen. Unbeschadet dessen sind diesbezüglich die Bestimmungen des GWB einzuhalten.  
Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers, aufgrund von §§ 98 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträ-

---

<sup>1</sup> Im Zuwendungsbescheid wird die in Betracht kommende Finanzierungsart bestimmt.

ge(Vergabeverordnung – VgV) die VOB/A, VOL/A bzw. VOF anzuwenden bleiben unberührt.

#### **4 Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschaffte Gegenstände**

- 4.1 Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Zuwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Der Zuwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bedingung nicht verfügen.
- 4.2 Der Zuwendungsempfänger hat die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschafften Gegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungswert 150 EUR brutto übersteigt, zu inventarisieren.

#### **5 Mitteilungspflicht des Zuwendungsempfängers**

- Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, dem Landratsamt Landkreis Leipzig anzuzeigen, wenn
- 5.1.1 sich nach Vorlage des Haushalts- und Wirtschaftsplanes eine Ermäßigung der zuwendungsfähigen Ausgaben von mehr als 7,5 v.H. oder mehr als 5.000 EUR ergibt. Er ist ferner verpflichtet, anzuzeigen, wenn er nach Vorlage des Haushalts- und Wirtschaftsplanes weitere Zuwendungen bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält,
  - 5.1.2 sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
  - 5.1.3 die abgerufenen oder ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung verbraucht werden können,
  - 5.1.4 zu inventarisierende Gegenstände innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend dem Zuwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden,
  - 5.1.5 ein Verfahren nach der Insolvenzordnung beantragt oder eröffnet wird.

#### **6 Nachweis der Verwendung**

- 6.1 Die Verwendung der Zuwendung ist innerhalb von sechs Monaten nach Erfüllung des Zuwendungszwecks nachzuweisen (Verwendungsnachweis gemäß Muster 3). Ist der Zuwendungszweck nicht bis zum Ablauf des Haushaltsjahres erfüllt, ist nach Ablauf des Haushaltsjahres über die in diesem Jahr einbehaltenen Beträge ein Zwischennachweis (siehe Muster Verwendungsnachweis) bis zum 28.02. des Folgejahres zu führen.
- 6.2 Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis.
- 6.3 In dem Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis im Einzelnen darzustellen.
- 6.4 In dem zahlenmäßigen Nachweis sind die Einnahmen und Ausgaben in zeitlicher Folge und voneinander getrennt entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplanes auszuweisen. Der Nachweis muss alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter, eigene Mittel) und Ausgaben enthalten. Aus dem Nachweis müssen Tag, Empfänger/Einzahler sowie Grund und Einzelbetrag jeder Zahlung ersichtlich sein. Soweit der Zuwendungsempfänger die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes hat, dürfen nur die Entgelte (Preise ohne Umsatzsteuer) berücksichtigt werden.
- 6.5 Mit dem Nachweis sind die Originalbelege (Einnahme- und Ausgabebelege) sowie die Verträge über die Vergabe von Aufträgen vorzulegen.
- 6.6 Sofern ein einfacher Verwendungsnachweis zugelassen ist, besteht dieser aus dem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis ohne Vorlage von Belegen, in dem Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplanes zusammenzustellen sind.

- 6.7 Die Belege müssen die im Geschäftsverkehr üblichen Angaben und Anlagen enthalten, die Ausgabebelege insbesondere den Zahlungsempfänger, Grund und Tag der Zahlung, den Zahlungsbeweis und bei Gegenständen den Verwendungszweck. Außerdem müssen die Belege ein eindeutiges Zuordnungsmerkmal zu dem Projekt (z.B. Projektnummer) enthalten.  
Das gilt entsprechend für den Nachweis von Eigenleistungen. Im Verwendungsnachweis ist zu bestätigen, dass die Ausgaben notwendig waren, dass wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben mit den Büchern und gegebenenfalls den Belegen übereinstimmen.
- 6.8 Der Zuwendungsempfänger hat die in Nr. 6.5 genannten Belege und Verträge sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen (vgl. Nr. 7.1 Satz 1) fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, sofern nicht eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist.
- 6.9 Darf der Zuwendungsempfänger zur Erfüllung des Verwendungszwecks Mittel an Dritte weiterleiten, sind die vom Letztempfänger erstellten Verwendungsnachweise dem Verwendungsnachweis nach Nr. 6.1 beizufügen.
- 7 Prüfung der Verwendung**
- Das Landratsamt Landkreis Leipzig ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. In den Fällen nach Nr. 6.8 sind diese Rechte des Landratsamtes Landkreis Leipzig auch dem Letztempfänger gegenüber auszubedingen.
- 8 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**
- 8.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 1 SächsVwVfG i.V.m. §§ 43, 48, 49, 49a VwVfG bzw. §§ 45, 47, 50 SGB X) oder anderen Rechtsvorschriften unwirksam oder mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird.
- 8.2 Nr. 8.1 gilt insbesondere, wenn
- 8.2.1 eine auflösende Bedingung eingetreten ist (z.B. nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung nach Nr. 2),
- 8.2.2 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,
- 8.2.3 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet worden ist.
- 8.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit der Zuwendungsempfänger
- 8.3.1 die Zuwendung nicht alsbald (vgl. Nr. 1.4) nach der Auszahlung für fällige Zahlungen verwendet oder
- 8.3.2 Auflagen nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt sowie Mitteilungspflichten (Nr. 5) nicht rechtzeitig nachkommt. Dies gilt auch dann, wenn ein Verfahren nach der Insolvenzordnung beantragt oder eröffnet wird oder das Landratsamt Landkreis Leipzig sich den Widerruf im Zuwendungsbescheid ausdrücklich vorbehalten hat.
- 8.4 Der Erstattungsanspruch ist nach Maßgabe des § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 49 a VwVfG jährlich zu verzinsen.
- 8.5 Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung der Erfüllung des Verwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, werden regelmäßig für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen nach Maßgabe des § 49a Abs. 3 i.V.m. § 49 a Abs. 4 verlangt.
- 9 Vorrangige Verfahrensregelungen**
- Soweit auf Vorschriften des VwVfG Bezug genommen wird, treten ggf. vorrangige inhaltsgleiche oder entsprechende gesetzliche Regelungen an deren Stelle.

### Anlage 3 *Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K)*

Die ANBest-K enthalten Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) im Sinne von § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 36 VwVfG sowie notwendige Erläuterungen. Die Nebenbestimmungen sind als Bestandteil des Zuwendungsbescheids verbindlich, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

#### Inhaltsübersicht

- Nr. 1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung
- Nr. 2 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung
- Nr. 3 Vergabe von Aufträgen
- Nr. 4 Zur Erfüllung des Zuwendungszweckes beschaffte Gegenstände
- Nr. 5 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers
- Nr. 6 Nachweis der Verwendung
- Nr. 7 Prüfung der Verwendung
- Nr. 8 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung
- Nr. 9 Vorrangige Verfahrensregelungen

#### **1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung**

- 1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.
- 1.2 Alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter) und der Eigenanteil des Zuwendungsempfängers sind als Deckungsmittel für alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben einzusetzen. Der Finanzierungsplan (aufgegliederte Berechnung der mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben mit einer Übersicht über die beabsichtigte Finanzierung) bzw. die diesem beigefügte Kostengliederung ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich. Die einzelnen Ausgabeansätze dürfen um bis zu 20 vom Hundert überschritten werden, soweit die Überschreitung durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der zuwendungsfähigen Ausgaben ausgeglichen werden kann. Beruht die Überschreitung eines Ausgabenansatzes auf behördlichen Bedingungen oder Auflagen, insbesondere im Rahmen des baurechtlichen Verfahrens, sind innerhalb des Gesamtergebnisses des Finanzierungsplanes auch weitergehende Abweichungen zulässig. Einzelansätze sind die Ausgabengruppen des kommunalen Haushaltsrechts, soweit nicht eine fachbezogene Kostengliederung bestimmt ist. Im Übrigen sind Überschreitungen zulässig, soweit sie der Zuwendungsempfänger voll aus eigenen Mitteln trägt. Die Sätze 2 bis 4 finden bei Festbetragsfinanzierung keine Anwendung.
- 1.3 Die Zuwendung darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird; bei Baumaßnahmen ist der Baufortschritt zu berücksichtigen. Die Anforderung jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten. Im Übrigen dürfen die Zuweisungen wie folgt in Anspruch genommen werden:
  - 1.3.1 bei Anteil- oder Festbetragsfinanzierung<sup>1</sup> jeweils anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers,
  - 1.3.2 bei Fehlbedarfsfinanzierung<sup>1</sup>, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel des Zuwendungsempfängers verbraucht sind. Wird ein im Haushaltsjahr zu deckender Fehlbedarf anteilig durch mehrere Zuwendungsgeber finanziert, so darf die Zuwendung jeweils nur anteilig mit den Zuwendungen der anderen Zuwendungsgeber angefordert werden.
- 1.4 Der Zuwendungsbescheid kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht zu erreichen ist.
- 1.5 Zahlungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen aus der Zuwendung nur vereinbart oder bewirkt werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.

- 2 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderungen der Finanzierung**
- 2.1 Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten zuwendungsfähigen Ausgaben, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung
- 2.1.1 bei Anteilfinanzierung<sup>1</sup> anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers,
- 2.1.2 bei Fehlbedarfsfinanzierung<sup>1</sup> um den vollen in Betracht kommenden Betrag. Wird derselbe Zuwendungszweck von mehreren öffentlich-rechtlichen Zuwendungsgebern durch Fehlbedarfsfinanzierung gefördert, wird Nr. 2.1.1 sinngemäß angewendet.
- 2.2 Erhöht sich bei Maßnahmen, deren Finanzierung sich über mehrere Jahre erstreckt, nach der Bewilligung im Bewilligungszeitraum die Finanzkraft des Zuwendungsempfängers, so kann die Zuwendung insoweit ermäßigt werden, als die Finanzkraft bei der Festsetzung der Höhe der Zuwendung berücksichtigt wurde; eine Erhöhung der Finanzkraft, die nur das Jahr nach der Bewilligung betrifft, bleibt unberücksichtigt.
- 3 Vergabe von Aufträgen**
- Förderungen von Maßnahmen erfolgen nur dann, wenn von Seiten des Antragstellers das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eingehalten wird. Insoweit können bei der Vergabe von Bauleistungen oder Aufträgen für Lieferungen und Leistungen derartige Maßnahmen nur dann gefördert werden, wenn die Verdingungsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A) bzw. die Verdingungsordnung für Leistungen Teil A (VOL/A) eingehalten werden.
- Dies ist entsprechend nachzuweisen.
- Das Landratsamt Landkreis Leipzig ist berechtigt, Vergabeprüfungen durchzuführen. Unbeschadet dessen sind diesbezüglich die Bestimmungen des GWB einzuhalten.
- Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers, aufgrund von §§ 98 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) die VOB/A, VOL/A bzw. VOF anzuwenden bleiben unberührt.
- 4 Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschaffte Gegenstände**
- Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Zuwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Der Zuwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht verfügen.
- 5 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers**
- Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich dem Landratsamt Landkreis Leipzig anzuzeigen, wenn
- 5.1 sich nach Vorlage des Finanzierungsplanes eine Ermäßigung der zuwendungsfähigen Ausgaben um mehr als 7,5 vom Hundert oder mehr als 5.000 EUR ergibt. Er ist ferner verpflichtet anzuzeigen, wenn er nach Vorlage des Finanzierungsplanes - auch nach Vorlage des Verwendungsnachweises - weitere Zuwendungen bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält oder wenn er gegebenenfalls weitere Mittel von Dritten erhält,
- 5.2 der Zuwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,
- 5.3 sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
- 5.4 die abgerufenen oder ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten verbraucht werden können,
- 5.5 Gegenstände nicht mehr entsprechend dem Zuwendungszweck verwendet oder nicht mehr benö-

---

<sup>1</sup> Die in Betracht kommende Finanzierungsart ist im Zuwendungsbescheid zu bestimmen.

tigt werden.

## **6 Nachweis der Verwendung**

- 6.1 Die Verwendung der Zuwendung ist, wenn im Einzelfall nicht etwas anderes bestimmt ist, innerhalb von drei Monaten nach Erfüllung des Zuwendungszwecks, spätestens jedoch sechs Monate nach Ablauf des Bewilligungszeitraums dem Landratsamt Landkreis Leipzig nachzuweisen (Verwendungsnachweis). Dabei ist bei Baumaßnahmen der Zuwendungszweck regelmäßig bereits erfüllt, wenn der Bau in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Kann innerhalb dieser Frist eine Maßnahme nicht abgerechnet werden, so ist ein vorläufiger Verwendungsnachweis (siehe Muster Verwendungsnachweis) zu erstellen. Die danach anfallenden Kosten sind gesondert nachzuweisen, sofern die Schlussrate auf Grund des vorläufigen Verwendungsnachweises nicht oder nur unter Vorbehalt ausbezahlt wurde. Der Verwendungsnachweis bzw. der vorläufige Verwendungsnachweis gilt gegebenenfalls gleichzeitig als Antrag auf Auszahlung der abschließenden Zuwendung.
- 6.2 Der Verwendungsnachweis bzw. der vorläufige Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Soweit im Zuwendungsbescheid oder in besonderen Nebenstimmungen nichts anderes bestimmt ist, ist das Formblatt Verwendungsnachweis (Muster 3) zu verwenden.
- 6.3 In dem Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis kurz darzustellen. Dem Sachbericht sind die Berichte der von dem Zuwendungsempfänger beteiligten technischen Dienststellen beizufügen.
- 6.4 In dem zahlenmäßigen Nachweis sind die Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter, eigene Mittel entsprechend dem Finanzierungsplan) und die Ausgaben (entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans bzw. der Kostengliederung) summarisch auszuweisen. Der Nachweis muss alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter und eigene Mittel) und Ausgaben enthalten. Soweit der Zuwendungsempfänger die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes hat, dürfen nur die Entgelte (Preise ohne Umsatzsteuer) berücksichtigt werden.
- 6.5 Der Zuwendungsempfänger muss für jede Baumaßnahme eine Baurechnung führen. Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Bauobjekten/Bauabschnitten, sind getrennte Baurechnungen zu führen. Die Baurechnung besteht, sofern im Zuwendungsbescheid nichts Abweichendes bestimmt ist, aus
- 6.5.1 dem Bauausgabenbuch (bei Hochbauten gegliedert nach DIN 276, bei anderen Bauten nach Maßgabe des Zuwendungsbescheides); werden die Einnahmen und Ausgaben für das geförderte Bauobjekt von anderen Buchungsvorfällen getrennt nachgewiesen, entsprechen die Bücher unmittelbar oder durch ergänzende Aufzeichnungen den Inhalts- und Gliederungsansprüchen und können sie zur Prüfung dem Verwendungsnachweis beigelegt werden, so braucht ein gesondertes Bauausgabenbuch nicht geführt zu werden,
- 6.5.2 den Rechnungsbelegen, bezeichnet nach den Buchungen im Bauausgabenbuch,
- 6.5.3 den Abrechnungsunterlagen zu den Schlussrechnungen, bestehend regelmäßig aus
- 6.5.3.1 den Verdingungsunterlagen wie
- Angebotsunterlagen,
  - Verdingungsverhandlung,
  - Preisspiegel, soweit gefordert,
  - Vergabevermerk,
- 6.5.3.2 den Vertragsunterlagen wie
- Angebot mit Leistungsverzeichnis des Auftragnehmers,
  - Auftragsschreiben,
  - zusätzliche und besondere Vertragsbedingungen,

- zusätzliche technische Vorschriften,
  - Nachtragsvereinbarungen,
- 6.5.3.3 den Ausführungsunterlagen (§ 3 VOB/B),
- 6.5.3.4 den Abrechnungsunterlagen für die Kostenansätze wie
- Aufmaßblätter,
  - Massenberechnungen,
  - Abrechnungszeichnungen,
  - Stundenlohnzettel (§ 15 Abs. 3 VOB/B),
  - Liefer- und Wiegescheine,
- 6.5.3.5 dem Nachweis über den Ist- und Sollverbrauch der Baustoffe, soweit Lieferung und Ausführung getrennt verrechnet werden,
- 6.5.3.6 der Abnahmeniederschrift und gegebenenfalls den Vermerken über die Mängelbeseitigung,
- 6.5.3.7 soweit gefordert, den Prüfungszeugnissen über die Untersuchung von Baustoffen und/oder Bauteilen,
- 6.5.4 dem Bautagebuch oder der Sammlung von Tageberichten,
- 6.5.5 den bauaufsichtlichen, wasserrechtlichen und ähnlichen Genehmigungen, soweit sie dem Landratsamt Landkreis Leipzig nicht bereits vorliegen,
- 6.5.6 soweit gefordert, den Bestandsplänen,
- 6.5.7 dem Zuwendungsbescheid und den Schreiben über die Bereitstellung der Mittel,
- 6.5.8 den geprüften, dem Zuwendungsbescheid zugrunde gelegten Bau- und Finanzierungsunterlagen,
- 6.5.9 der Berechnung des umbauten Raumes nach DIN 277 und gegebenenfalls Wohnflächenberechnung nach der tatsächlichen Bauausführung (nur bei Hochbauten). Die Baurechnung ist nach dem vorstehenden Schema zu ordnen, die Abrechnungsakten (Nr. 6.5.3) getrennt nach den einzelnen Schlussrechnungen.
- 6.6 Der Zuwendungsempfänger hat die Originalbelege (Einnahme- und Ausgabebelege) über die Einzelzahlungen, die Verträge über die Vergabe von Aufträgen und alle sonstigen mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist.
- 6.7 Darf der Zuwendungsempfänger zur Erfüllung des Zweckes Mittel an Dritte weiterleiten, muss er die Weitergabe davon abhängig machen, dass die Letztempfänger Verwendungsnachweise gemäß ANBest-P erbringen. Diese Verwendungsnachweise sind dem Verwendungsnachweis nach Nr. 6.1 beizufügen.
- 7 Prüfung der Verwendung**
- 7.1 Das Landratsamt Landkreis Leipzig ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.  
In den Fällen nach Nr. 6.7 sind diese Rechte auch Dritten gegenüber auszubedingen.
- 7.2 Das Landratsamt Landkreis Leipzig kann sich zu solchen Prüfzwecken, insbesondere seines jeweiligen Fachamtes sowie seines Rechnungsprüfungsamtes bedienen.
- 8 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**
- 8.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 1 SächsVwVfG i.V.m. §§ 43, 44, 48, 49, 49a VwVfG), anderen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird.
- 8.2 Nr. 8.1 gilt insbesondere, wenn
- 8.2.1 eine auflösende Bedingung eingetreten ist (zum Beispiel nachträgliche Ermäßigung der Ausga-



- ben oder Änderung der Finanzierung nach Nr. 2),
- 8.2.2 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,
- 8.2.3 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird.
- 8.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit der Zuwendungsempfänger
- 8.3.1 die Zuwendung nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen verwendet oder
- 8.3.2 Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt sowie Mitteilungspflichten (Nr. 5) nicht rechtzeitig nachkommt.
- 8.4 Der Erstattungsanspruch ist nach Maßgabe des § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 49a Abs. 3 VwVfG jährlich zu verzinsen.
- 8.5 Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, werden regelmäßig für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen nach Maßgabe des § 49a Abs. 3 i.V.m. § 49a Abs. 4 VwVfG verlangt.

## **9 Vorrangige Verfahrensregelungen**

Soweit auf Vorschriften des VwVfG Bezug genommen wird, treten ggf. vorrangige inhaltsgleiche oder entsprechende gesetzliche Regelungen an deren Stelle.

### **Anlage 4 Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung auf Kostenbasis (ANBest-P-Kosten)**

Die ANBest-P-Kosten enthalten Nebenbestimmungen im Sinne von § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 36 VwVfG sowie notwendige Erläuterungen. Die Nebenbestimmungen sind als Bestandteil des Zuwendungsbescheids verbindlich, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

#### **Inhaltsübersicht**

- Nr. 1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung
- Nr. 2 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung
- Nr. 3 Vergabe von Aufträgen
- Nr. 4 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers
- Nr. 5 Abrechnung der Selbstkosten
- Nr. 6 Pauschalierte Abrechnung
- Nr. 7 Nachweis der Verwendung
- Nr. 8 Prüfung der Verwendung
- Nr. 9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung
- Nr. 10 Vorrangige Verfahrensregelungen

#### **1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung**

- 1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.
- 1.2 Alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (z. B. Zuwendungen, Leistungen Dritter und Nebenerträge) und der Eigenanteil des Zuwendungsempfängers sind als Deckungsmittel für alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben einzusetzen. Die Vorkalkulation ist hinsichtlich der Gesamtkosten als Höchstbetrag (Selbstkostenhöchstbetrag) verbindlich.  
Innerhalb des Höchstbetrages sind Abweichungen über 20 vom Hundert von den Ansätzen der Vorkalkulation nur zulässig, wenn das Landratsamt Landkreis Leipzig zugestimmt hat.

- 1.3 Die Anforderung der Zuwendung richtet sich nach den anfallenden Kosten. Die Anforderung jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten. Im Übrigen darf die Zuwendung jeweils nur anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen Mitteln des Zuwendungsempfängers in Anspruch genommen werden.
- 1.4 Das Landratsamt Landkreis Leipzig behält sich vor, den Zuwendungsbescheid mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen, wenn sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht zu erreichen ist.
- 2 Nachträgliche Ermäßigung der Kosten oder Änderungen der Finanzierung**  
Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in der Vorkalkulation veranschlagten Gesamtkosten, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung
  - 2.1. bei Anteilfinanzierung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers.
- 3 Vergabe von Aufträgen**  
Der Zuwendungsempfänger hat Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben. Soweit möglich, sind dazu mindestens drei Angebote einzuholen.  
Das Landratsamt Landkreis Leipzig ist berechtigt, Vergabeprüfungen durchzuführen.  
Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers, aufgrund von §§ 98 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) die VOB/A, VOL/A bzw. VOF anzuwenden bleiben unberührt.
- 4 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers**  
Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich dem Landratsamt Landkreis Leipzig anzuzeigen, wenn
  - 4.1 er nach Vorlage der Vorkalkulation weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält oder wenn er gegebenenfalls weitere Mittel von Dritten erhält,
  - 4.2 sich gegenüber der Vorkalkulation eine Ermäßigung um mehr als 5 vom Hundert der Gesamtkosten ergibt,
  - 4.3 der Zuwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,
  - 4.4 sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
  - 4.5 die ausgezahlten, sich nicht auf kalkulatorische Kosten beziehenden Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung verbraucht werden können,
  - 4.6 Sonderbetriebsmittel vor Beendigung des Vorhabens nicht mehr entsprechend dem Zuwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden.
  - 4.7 sich nach Vorlage des Verwendungsnachweises noch Kostengutschriften/Erträge ergeben oder wenn er noch weitere Deckungsmittel im Sinne der Nr. 1.2 erhält,
  - 4.8 Ein Insolvenzverfahren gegen ihn beantragt oder eröffnet wird.
- 5 Abrechnung der Selbstkosten**

- 5.1 Nach Maßgabe des Zuwendungsbescheides und dieser Nebenbestimmungen dürfen nur die durch das Vorhaben verursachten, angemessenen und nachzuweisenden Selbstkosten verrechnet werden, die bei wirtschaftlicher Betriebsführung im Bewilligungszeitraum entstanden sind. Übersteigen die tatsächlichen Selbstkosten des Vorhabens den Selbstkostenhöchstbetrag, so hat der Zuwendungsempfänger den Mehrbedarf selbst zu tragen.
- 5.2 Die Selbstkosten sind nach den Leitsätzen für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten – LSP – (Anlage zur Verordnung PR Nr. 30/53 über Preise bei öffentlichen Aufträgen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 722-2-1, veröffentlichten bereinigten Fassung), in der jeweils geltenden Fassung, zu ermitteln.
- 5.3 Nicht zuwendungsfähig sind:
- 5.3.1 die Vertriebskosten einschließlich Werbekosten,
  - 5.3.2 die Gewerbeertragsteuer
  - 5.3.3 die Kosten der freien Forschung und Entwicklung (Nummern 27 und 28 LSP)
  - 5.3.4 die Kosten für Einzelwagnisse (Nummern 47 bis 50 LSP)
  - 5.3.5 der kalkulatorische Gewinn (Nummern 51 und 52 LSP)
  - 5.3.6 der Zinsanteil in den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen
- 5.4 Eingeräumte Skonti sind bei der Ermittlung der Einstandspreise der für das Vorhaben besonders beschafften Gegenstände und der erbrachten sonstigen Fremdleistungen abzusetzen.
- 5.5 Werden für Teilleistungen anstelle von Selbstkosten Preise für marktgängige Leistungen (ohne Umsatzsteuer) zu Grunde gelegt, sind diese 10 vom Hundert für nicht zuwendungsfähige Kosten (Nummer 5.3) zu kürzen. Die Teilleistungen sind in der Nachkalkulation (siehe Nummer 7.4) gesondert auszuweisen.
- 5.6 Kosten für Sonderbetriebsmittel (Nummer 14 LSP) dürfen nur abgerechnet werden, soweit sie vorher vom Landratsamt Landkreis Leipzig als zuwendungsfähig anerkannt worden sind. Zu den Sonderbetriebsmitteln gehören keine Gegenstände der betriebsüblichen Grundausstattung. Ergänzend gilt Folgendes:
- 5.6.1 Der Zuwendungsempfänger hat nach Beendigung des Vorhabens für Sonderbetriebsmittel einen Restwertausgleich zu leisten. Ein etwaiger Ausgleichanspruch ist in sinngemäßer Anwendung der Nummer 9.4 zu verzinsen. Werden Sonderbetriebsmittel bereits vor Erfüllung des Zuwendungszwecks für das Vorhaben nicht mehr benötigt, so ist der Restwertausgleich unverzüglich zu leisten
  - 5.6.2 Entwicklungsgegenstände (Versuchsmuster und dergleichen), die im Rahmen des Vorhabens hergestellt werden, werden wie Sonderbetriebsmittel behandelt.
- 6 Pauschalierte Abrechnung**
- Der Zuwendungsempfänger rechnet, soweit im Zuwendungsbescheid auf seinen Antrag hin eine pauschalierte Abrechnung zugelassen ist, die zuwendungsfähigen Kosten nach folgenden Regelungen ab:
- 6.1 Zuwendungsfähig sind folgende Einzelkosten:
    - 6.1.1 Materialkosten,
    - 6.1.2 Kosten für Fremdleistungen,
    - 6.1.3 Personalkosten, ermittelt aus den monatlichen lohnsteuerpflichtigen Bruttolöhnen und –gehältern (ohne umsatz- oder gewinnabhängige sowie andere üblicherweise nicht monatlich gezahlte Lohn- und Gehaltsbestandteile); bei ohne feste Entlohnung tätigen Unternehmern können Personalkosten entsprechend dem Gehalt eines vergleichbaren Mitarbeiters berücksichtigt werden; der Stundensatz ergibt sich aus der Division der genannten Löhne/Gehälter durch die tatsächlich geleisteten Gesamtstunden, mindestens jedoch durch die tarifvertraglich festgelegte Arbeitszeit,
    - 6.1.4 Reisekosten,
    - 6.1.5 Abschreibungen von den Anschaffungspreisen oder Herstellungskosten auf vorhabensspezifische Anlagen. Die Kosten nach den Nummern 6.1.1 bis 6.1.5 sind unter Beachtung der Nummern 5.1 bis 5.5 zu ermitteln.

6.2 Die übrigen durch das Vorhaben verursachten Kosten werden pauschal durch einen Zuschlag von 120 vom Hundert auf die Personalkosten nach Nummer 6.1.3 abgegolten.

6.3 Als Personalkosten dürfen nur die direkt für das Vorhaben geleisteten und durch Zeitaufschreibungen erfassten Stunden (produktive Stunden) abgerechnet werden, und zwar nicht mehr als 160 Stunden pro Person und Monat. Die Personalkosten für Feiertage, Urlaub, Krankheit und sonstige bezahlte Fehlzeiten sind durch den Zuschlag nach Nummer 6.2 abgegolten.

## **7 Nachweis der Verwendung**

7.1 Die Verwendung der Zuwendung ist innerhalb von sechs Monaten nach Erfüllung des Zuwendungszwecks, spätestens jedoch sechs Monate nach Ablauf des Bewilligungszeitraums dem Landratsamt Landkreis Leipzig nachzuweisen (Verwendungsnachweis).

7.2 Der Verwendungsnachweis bzw. der vorläufige Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis.

7.3 In dem Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis im Einzelnen darzustellen.

7.4 Der zahlenmäßige Nachweis besteht aus einer Nachkalkulation und einem Nachweis über die Finanzierung des Vorhabens. Die Nachkalkulation ist in derselben Form wie die Vorkalkulation zu gliedern. Im Falle einer pauschalierten Abrechnung nach Nummer 6 ist der Nachkalkulation eine Übersicht über die abgerechneten Personalkosten mit den Stundennachweisen (Nr. 6.3) beizufügen.

7.5 Der Zuwendungsempfänger hat die Finanzierung des Vorhabens nachzuweisen. Dabei sind aufgliedert anzugeben

7.5.1 die Eigenbeteiligung des Zuwendungsempfängers,

7.5.2 die Zuwendung des Landratsamtes Landkreis Leipzig, andere Zuwendungen und sonstige Finanzierungsbeiträge aus öffentlichen und privaten Mitteln,

7.5.3 sonstige Einnahmen/Erträge, die mit dem Vorhaben im Zusammenhang stehen,

7.5.4 unentgeltliche Sach- und Dienstleistungen Dritter. Abweichungen gegenüber der im Zuwendungsantrag dargelegten Finanzierung sind darzustellen.

7.6 Der Zuwendungsempfänger hat die Rechnungsunterlagen fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist. Zur Aufbewahrung können auch Bild- oder Datenträger verwendet werden. Das Aufnahme- und Wiedergabeverfahren muss den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen.

7.7 Erbringt der Zuwendungsempfänger den Verwendungsnachweis nicht auf der Grundlage eines geordneten Rechnungswesens im Sinne der Nummer 2 LSP, so wird die Zuwendung nachträglich nach den von dem Zuwendungsempfänger nachzuweisenden zuwendungsfähigen Ausgaben bemessen, soweit sie dem Bewilligungszeitraum und dem Vorhaben als wirtschaftlich angemessen zuzurechnen sind. Für zuviel erhaltene Beträge findet Nummer 2 sinngemäß Anwendung.

## **8 Prüfung der Verwendung**

Das Landratsamt Landkreis Leipzig ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

## **9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**

9.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 1 SächsVwVfG i.V.m. §§ 43, 44, 48, 49, 49a VwVfG), anderen Rechtsvorschriften mit

Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird.

- 9.2 Nr. 9.1 gilt insbesondere, wenn
- 9.2.1 eine auflösende Bedingung eingetreten ist (zum Beispiel nachträgliche Ermäßigung der Kosten oder Änderung der Finanzierung nach Nr. 2),
- 9.2.2 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,
- 9.2.3 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird.
- 9.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit der Zuwendungsempfänger
- 9.3.1 die Zuwendung, mit Ausnahme der sich auf kalkulatorische Kosten beziehende Beträge, nicht alsbald (vg. Nr. 1.3 und 4.5) nach Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet oder
- 9.3.2 Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt sowie Mitteilungspflichten (Nr. 4) nicht rechtzeitig nachkommt.
- 9.4 Der Erstattungsanspruch ist nach Maßgabe des § 1 SächsVwVfG i.V.m. § 49a Abs. 3 VwVfG jährlich zu verzinsen.
- 9.5 Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, werden regelmäßig für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen nach Maßgabe des § 49a Abs. 3 i.V.m. § 49a Abs. 4 VwVfG verlangt.

## **10 Vorrangige Verfahrensregelungen**

Soweit auf Vorschriften des VwVfG Bezug genommen wird, treten ggf. vorrangige inhaltsgleiche oder entsprechende gesetzliche Regelungen an deren Stelle.

Muster 1

**Antrag  
auf Gewährung einer Zuwendung**

**Landratsamt Landkreis Leipzig**

(Amt)

**Stauffenbergstraße 4**

**04552 Borna**

Ort, Datum

Zutreffendes bitte ankreuzen X oder ausfüllen  
Nicht Zutreffendes bitte streichen

**1. Antragsteller**

**a) öffentlich-rechtlich**

<input type="checkbox"/> Stadt	<input type="checkbox"/> Gemeinde	<input type="checkbox"/> Zweck- oder anderer kommunaler Verband
Name der Körperschaft		
Name des gesetzlichen Vertreters		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Bankverbindung ( Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)		
Auskunft erteilt	Tel.-Nr.:	
	Fax-Nr.:	

**b) privatrechtlich**

**aa) juristische Person des Privatrechts (z.B. e.V., (g) GmbH)**

Name der juristischen Person		
Vereins-/Handelsregister	Nr.	Amtsgericht
gesetzliche(r) Vertreter	[Funktion, Name(n), Vorname(n)]	
eventuell bevollmächtigter Vertreter [Funktion, Name(n), Vorname(n)]		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Gemeinnützigkeitsanerkennung besteht	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Bankverbindung ( Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)		
Auskunft erteilt	Tel.-Nr.:	
	Fax-Nr.:	

Folgende Unterlagen sind beigelegt:

- aktueller Vereins-/Handelsregisterauszug
- Vereinssatzung bzw. Gesellschaftsvertrag
- aktuelle amtliche Bestätigung der Gemeinnützigkeit
- Vollmacht soweit erteilt

<b>bb) nichtrechtsfähige Personenvereinigung (z.B. GbR, nichteingetragene Vereine)</b>	
Rechtsform	
Name / Bezeichnung der nichtrechtsfähigen Personenvereinigung	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
gesetzliche(r) Vertreter	[Funktion(en), Name(n), Vorname(n), Anschriften]  _____ _____ _____
<input type="checkbox"/> es besteht Einzelvertretungsmacht	<input type="checkbox"/> es besteht gemeinsame Vertretungsmacht von _____ Funktion(en), Name(n), Vorname(n)
bevollmächtigte(r) Vertreter	[Funktion(en), Name(n), Vorname(n), Anschriften]  _____ _____ _____
<input type="checkbox"/> es besteht Einzelvertretungsmacht	<input type="checkbox"/> es besteht gemeinsame Vertretungsmacht von _____ Funktion(en), Name(n), Vorname(n)
Gemeinnützigkeitsanerkennung besteht <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Bankverbindung ( Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)	
Name des Kontoinhabers, soweit abweichend von der Bezeichnung des Antragstellers	
Auskunft erteilt	Tel.-Nr.: Fax-Nr.:

Folgende Unterlagen sind beigelegt:

- Vereinssatzung bzw. Gesellschaftsvertrag
- aktuelle amtliche Bestätigung der Gemeinnützigkeit
- Vollmacht soweit erteilt

<b>cc) natürliche Person</b>	
Name	Vorname
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Bankverbindung ( Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)	
	Tel.-Nr.: Fax-Nr.:

**2a. Maßnahme** ( möglichst kurze, aber eindeutige Beschreibung der Maßnahme )**2b. Für die vorstehende Maßnahme werden Zuwendungen beantragt als:**

- ☐ institutionelle Förderung
- ☐ Projektförderung

in Höhe von **EUR.**

**3. Gesamtkosten**

Hinweis : Wenn der Antragsteller für diese Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind hier die Kosten ohne Umsatzsteuer anzugeben.  
Bei Baumaßnahmen ist eine Kostengliederung stets und bei Untersuchungen, Planungen und Beschaffungen dann beizugeben, wenn es von der Bewilligungsbehörde für erforderlich gehalten wird.

EUR	↙ Gesamtkosten - ggf. lt. beiliegender Kostengliederung
EUR	↙ davon entfallen auf den zur Förderung beantragten Abschnitt (Angabe nur bei größeren, selbständig nutzbaren Planungs-, Untersuchungs- oder Durchführungs-(Bau-)abschnitten, auf die auch die Finanzierung (Nr.6) abgestellt ist. Zeitliche Aufteilung und damit Finanzierungsabschnitte ergeben sich aus Nr. 8.)
EUR	↙ von den der Finanzierung zugrunde gelegten Kosten (Nr. 6) sind zuwendungsfähig

**4. Zu den ☐ Gesamtkosten ☐ Kosten des Abschnitts werden hiermit folgende Zuwendungen beantragt:**

Zuwendungsgegenstand	Zuwendung EUR	darunter: Darlehen EUR
Insgesamt		
sonstige Zuwendungen		

**5. Weitere Zuwendungen**

Für die Maßnahme wurden bereits folgende weitere Zuwendungen beantragt bzw. bewilligt ( bereits bewilligte oder in Aussicht gestellte Beträge sind mit \* zu kennzeichnen):

Zuwendungsgegenstand/Zuwendungsgeber	Zuwendung EUR	darunter: Darlehen EUR
Insgesamt		



## 6. Finanzierung

Zuwendungen lt. Nr. 4	_____ EUR
Zuwendungen lt. Nr. 5	_____ EUR
Eigenmittel	
davon: . maßnahmebezogene Einnahmen (z.B. Teilnehmergebühren)	..... EUR
. Mitgliedsbeiträge	..... EUR
. Rückstellungen, Rücklagen	..... EUR
. Spenden	..... EUR
. sonstige Eigenmittel	..... EUR
	_____ EUR
	===== EUR

## 7. Für Baumaßnahmen:

vorgesehener Baubeginn:	_____
vorgesehene Fertigstellung:	_____

## 8. Von den Kosten entfallen voraussichtlich an (bzw. sind angefallen):

Zeitraum	EUR	davon zuwendungsfähig EUR
In den Vorjahren		
Im laufenden Jahr 20__		
20__		
20__		
20__ und folgende		

9. Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und dass es auch nicht vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids bzw. vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns in Angriff genommen wird.

10. Der Antragsteller erklärt, dass er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug

☐ berechtigt ☐ nicht berechtigt ist.

11. Dem Antrag sind weiterhin beigefügt:

- \* Finanzierungsplan, Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan
- \* Jahresrechnung bzw. Jahresabschluss soweit der Antragsteller eine juristische Person ist
- \* Stellenplan und Stellen-/Aufgabenbeschreibung
- \* Konzeption bei institutioneller Förderung
- \* Projektbeschreibung bei Projektförderung
- \*

12. Der Antragsteller erklärt, dass ihm bekannt ist, dass die von ihm in dem Antrag, sowie den beigefügten Unterlagen gemachten Angaben, insbesondere zur Person des Antragstellers, zur beantragten Maßnahme, zur wirtschaftlichen Lage sowie zur Höhe der vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben, subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB darstellen. Falsche Angaben hierzu sind gemäß § 264 StGB strafbar.

13. Ergänzende Angaben und gegebenenfalls Anlagenübersicht (soweit erforderlich, gegebenenfalls auf gesondertem Blatt):

14. Der Antragsteller erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm zu seiner Person und zum bzw. im Fördermittelverfahren getätigten Angaben gespeichert werden, soweit dieses für eine ordnungsgemäße Bearbeitung des Antrages erforderlich erscheint. Ansonsten könne eine ordnungsgemäße Bearbeitung nicht erfolgen, so dass der Antrag grundsätzlich abzulehnen wäre.
15. Der Antragsteller erklärt, dass alle vorstehenden und in den Anlagen gemachten Angaben vollständig sind und der Wahrheit entsprechen.

.....  
Unterschrift

Dienstsiegel/Stempel

(Amt)

**Stauffenbergstraße 4  
04552 Borna**

\_\_\_\_\_  
**Ort, Datum**

Zutreffendes bitte ankreuzen X oder ausfüllen  
Nicht Zutreffendes bitte streichen

\_\_\_\_\_  
(genaue Bezeichnung des Zuwendungsempfängers, Anschrift)

Betr.: Zuwendungen des Landkreises Leipzig  
Bezeichnung der Maßnahme:  
\_\_\_\_\_

Bezug: Ihr Antrag vom \_\_\_\_\_

Anlagen: Abdruck der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen  
☐ zur institutionellen Förderung (ANBest-I)  
☐ zur Projektförderung (ANBest-P)  
☐ zur Projektförderung kommunale Körperschaften (ANBest-K)  
☐ zur Projektförderung auf Kostenbasis (ANBest-P-Kosten)  
☐ \_\_\_\_\_  
(gegebenenfalls besondere Nebenbestimmungen)  
Vordruck für Empfangsbestätigung und Rechtsbehelfsverzicht  
Vordruck für Anforderung der Landkreismittel  
Vordruck für Verwendungsnachweis

## **Z u w e n d u n g s b e s c h e i d**

Sehr geehrte(r) \_\_\_\_\_

1. Ich bewillige Ihnen als

- ☐ Festbetrags-  
☐ Anteils-  
☐ Fehlbedarfsfinanzierung für die Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ eine  
(Bewilligungszeitraum)

- ☐ rückzahlbare  
☐ bedingt rückzahlbare  
☐ nicht rückzahlbare Zuwendung

☐ in Höhe von \_\_\_\_\_ EUR  
(in Worten: \_\_\_\_\_ EUR).  
☐ in Höhe von bis zu \_\_\_\_\_ EUR  
(in Worten: \_\_\_\_\_ EUR).

Bei Anteilsfinanzierung beträgt die Zuwendung \_\_\_\_\_ v.H. der zuwendungsfähigen  
Ausgaben, jedoch nicht mehr als der vorstehende Höchstbetrag.

2. Die Zuwendung wird als  
☐ institutionelle Förderung  
☐ Projektförderung  
bewilligt.

3. Die Mittel sind zweckgebunden und entsprechend Ihrem Antrag - unter Berücksichtigung nachstehender Änderung - bestimmt für \_\_\_\_\_.

4. ☐ Die mit Hilfe der Zuwendung erworbenen Gegenstände sind \_\_\_\_ Jahre für den  
Zuwendungszweck gebunden.

5. \_\_\_\_\_  
(Auflage zur Bestellung einer Grundschuld bei Immobilien zur Sicherungsübereignung von geförderten beweglichen Sachen)  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

6. Bestandteil des Zuwendungsbescheides sind die beigefügten Allgemeinen  
Nebenbestimmungen

- ☐ für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I),  
☐ zur Projektförderung (ANBest-P/ANBest-K)  
☐ zur Projektförderung auf Kostenbasis sowie  
☐ besondere Nebenbestimmungen:

7. \_\_\_\_\_  
(sonstige Bestimmungen/Auflagen)  
\_\_\_\_\_

8. Den von Ihnen vorgelegten Finanzierungs-/Haushalts-/Wirtschaftsplan erkläre ich nach Maßgabe  
der Allgemeinen Nebenbestimmungen - mit folgender Änderung - für verbindlich.

\_\_\_\_\_

Der Umfang der zuwendungsfähigen Ausgaben beträgt danach \_\_\_\_\_ EUR.

9. Dieser Zuwendungsbescheid ergeht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

10. Weiterhin ergeht dieser Zuwendungsbescheid unter dem Vorbehalt, dass er nachträglich durch  
Aufnahme, Änderung oder Ergänzung einer Auflage ergänzt werden kann.

11. \_\_\_\_\_  
(Kostenentscheidung)  
\_\_\_\_\_

## **12. Begründung**

(Hier sind die notwendigen Angaben zum Sachverhalt, zur Rechtsgrundlage für die Bewilligung sowie ggf. zur Teilablehnung des Fördermittelantrages darzustellen.)

### **Hinweis:**

Die Zuwendung kann grundsätzlich erst nach Ablauf der nachstehend genannten Rechtsbehelfsfrist ausbezahlt werden. Eine frühere Auszahlung ist möglich, wenn Sie schriftlich mitteilen, dass Sie auf einen Rechtsbehelf verzichten und die Voraussetzungen nach Nr. 1.5 ANBest-I / Nr. 1.4 ANBest-P / Nr. 1.3 ANBest-K / Nr. 1.3 ANBest-P-Kosten vorliegen.

### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Landratsamt Landkreis Leipzig, Stauffenbergstr. 4, 04552 Borna schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

---

(Unterschrift)  
(Funktion/Amtsbezeichnung)

Muster 3

☐ **Verwendungsnachweis**

☐ **Vorläufiger Verwendungsnachweis**

**Landratsamt Landkreis Leipzig**

.....  
(Amt)

**Stauffenbergstraße 4**

**04552 Borna**

(Bewilligungsbehörde oder im Zuwendungsbescheid genannte Behörde)

Ort, Datum

Zutreffendes bitte ankreuzen X oder ausfüllen  
Nicht Zutreffendes bitte streichen

## 1. Zuwendungsempfänger

### a) öffentlich-rechtlich

<input type="checkbox"/> Stadt	<input type="checkbox"/> Gemeinde	<input type="checkbox"/> Zweck- oder anderer kommunaler Verband
Name der Körperschaft		
Name des gesetzlichen Vertreters		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Bankverbindung ( Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)		
Auskunft erteilt	Tel.-Nr.: Fax-Nr.:	

### b) privatrechtlich

aa) juristische Person des Privatrechts (z.B. e.V., (g) GmbH)		
Name der juristischen Person		
Vereins-/Handelsregister	Nr.	Amtsgericht
gesetzliche(r) Vertreter	[Funktion, Name(n), Vorname(n)]	
eventuell bevollmächtigte(r) Vertreter [Funktion, Name(n), Vorname(n)]		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Gemeinnützigkeitsanerkennung besteht	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Bankverbindung ( Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)		
Auskunft erteilt	Tel.-Nr.: Fax-Nr.:	

bb) nichtrechtsfähige Personenvereinigung (z.B. GbR, nichteingetragene Vereine ...)	
Rechtsform	
Name / Bezeichnung der nichtrechtsfähigen Personenvereinigung	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
gesetzliche(r) Vertreter	[Funktion(en), Name(n), Vorname(n), Anschriften]     <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 20px;"> <div style="width: 45%;"> <input type="checkbox"/> es besteht Einzelvertretungsmacht         </div> <div style="width: 45%;"> <input type="checkbox"/> es besteht gemeinsame Vertretungsmacht            von _____            Funktion(en), Name(n), Vorname(n)         </div> </div>
bevollmächtigte(r) Vertreter	[Funktion(en), Name(n), Vorname(n), Anschriften]     <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 20px;"> <div style="width: 45%;"> <input type="checkbox"/> es besteht Einzelvertretungsmacht         </div> <div style="width: 45%;"> <input type="checkbox"/> es besteht gemeinsame Vertretungsmacht            von _____            Funktion(en), Name(n), Vorname(n)         </div> </div>
Bankverbindung ( Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)	
Name des Kontoinhabers, soweit abweichend von der Bezeichnung des Antragstellers	
Auskunft erteilt	Tel.-Nr.: Fax-Nr.:

cc) natürliche Person	
Name	Vorname
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Bankverbindung ( Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)	
	Tel.-Nr.: Fax-Nr.:

## 2. Maßnahme (Bezeichnung wie im Zuwendungsbescheid)

--

### **3. Bewilligte Zuwendungen**

#### **3.1 Zuweisungen (Z) und Darlehen (D)**

Bewilligende Stelle	Datum und Aktenzeichen	Zuwendungsgegenstand	EUR	Z/D

#### **3.2 Sonstige Zuwendungen**

--

### **4. Sachlicher Bericht**

(kurze Beschreibung der durchgeführten Maßnahme: falls Platz nicht ausreicht, bitte auf gesondertem Blatt)

--

## 5. Zahlenmäßiger Nachweis

### 5.1 Einnahmen

Art Zuweisungen = Z Darlehen = D	laut Zuwendungsbescheid EUR	laut Abrechnung EUR	Bemerkungen (insbesondere Vomhundert- satz der Zuwendungen)
5.1.1 Zuwendungen aus (Zuwendungsgegenstand)			
Z/D			
Z/D			
Z/D			
Z/D			
Darlehen mit Schuldendiensthilfe			
Zuwendungen von öffentl.-rechtl. Körperschaften Zuwendungsgeber			
• Freistaat Sachsen			
• Stadt/Gemeinde			
• Landessportbund			
• Arbeitsamt			
• Europäische Union			
5.1.2 Kostenanteile Dritter Rechtsgrund _____			
5.1.3 Eigenmittel:			
■ maßnahmebezogene Einnahmen			
■ Mitgliedsbeiträge			
■ Rückstellungen/ Rücklagen			
■ Spenden			
■ sonstige Eigenmittel			
<b>Zusammen</b>			

### 5.2 Ausgaben

Ausgabengliederung nach Zuwendungsgegen- ständen gemäß der Aufgliederung im Antrag bzw. bei Baumaßnahmen nach DIN 276	laut Zuwendungsbescheid		laut Abrechnung	
	insgesamt EUR	davon zuwendungsfähig EUR	insgesamt EUR	davon zuwendungsfähig EUR
Insgesamt				
davon ab: Kostenanteile Dritter Rückforderungen und Rückzahlungen				
Zuwendungsfähige Kosten				



**6. Außer den in Nr. 5.2 aufgeführten Ausgaben fallen noch Kosten an für:**

Kostenbezeichnung	in voraussichtlicher Höhe von EUR
Der Verwendungsnachweis hierüber wird voraussichtlich vorgelegt bis:	

7. Dem Verwendungsnachweis sind Einzelnachweise für Einnahmen und Ausgaben, gegebenenfalls die Sachbuchauszüge (Ablichtungen), beigelegt.

8. Es wird versichert, dass

- die Einnahmen und Ausgaben entsprechend Nr. 7 im Zusammenhang mit dem geförderten Vorhaben angefallen sind,
- die Ausgaben notwendig waren, die Zuwendungen wirtschaftlich und sparsam verwendet wurden und die Angaben mit den Büchern und Belegen übereinstimmen,
- die nicht zuwendungsfähigen Beträge, Rückforderungen und Rückzahlungen abgesetzt wurden.

---

Unterschrift

Dienstsiegel/Stempel

## 9. Prüfung des Verwendungsnachweises

### 9.1 Fachtechnische Prüfung/baufachliche Begutachtung

(nur für Baumaßnahmen)

Die Bauausführung, der Verwendungsnachweis und die Baurechnung wurden stichprobenweise fachtechnisch geprüft. Hinsichtlich der wirtschaftlichen und sparsamen Ausführung entsprechend den der Bewilligung zugrunde liegenden Bauunterlagen ergaben sich dabei

☐ keine ☐ die aus der Anlage ersichtlichen Beanstandungen

Der zuwendungsfähige Betrag ändert sich dadurch

☐ nicht ☐ auf \_\_\_\_\_ EUR

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Amt

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

### 9.2 Prüfung durch die Bewilligungs- oder beauftragte Behörde

#### 9.2.1 Prüfung auf Vollständigkeit und Plausibilität

Aufgrund des Ergebnisses dieser Prüfung ist Folgendes veranlasst:

Auszahlung ☐ eines Teilbetrages der Schlussrate(n) ☐ der gesamten Schlussrate(n) \_\_\_\_\_ EUR

Rückforderung ☐ eines Teilbetrages der Zuwendung ☐ der gesamten Zuwendung \_\_\_\_\_ EUR

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Amt

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

#### 9.2.2 Endgültige Prüfung gemäß Nr. 12 RIZuw

Der Verwendungsnachweis wurde gemäß Nummer 12.1 RIZuw geprüft. Der Umfang und das Ergebnis der Prüfung sind im anliegenden Prüfungsvermerk gemäß Nummer 12.3 RIZuw im Einzelnen dargestellt.

Es ergaben sich ☐ keine Beanstandungen ☐ die aus der Anlage ersichtlichen Beanstandungen

Aufgrund des Ergebnisses der Prüfung ist ☐ nichts Weiteres veranlasst ☐ Folgendes veranlasst:

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Amt

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Muster 4

**Auszahlungsantrag zum Zuwendungsbescheid vom \_\_\_\_\_, erhalten am \_\_\_\_\_**

**Landratsamt Landkreis Leipzig**

(Amt)

**Stauffenbergstraße 4**

**04552 Borna**

(Antrags- oder Bewilligungsbehörde)

Ort, Datum

Zutreffendes bitte ankreuzen X oder ausfüllen  
Nicht Zutreffendes bitte streichen

## 1. Antragsteller

### a) öffentlich-rechtlich

<input type="checkbox"/> Stadt	<input type="checkbox"/> Gemeinde	<input type="checkbox"/> Zweck- oder anderer kommunaler Verband
Name der Körperschaft		
Name des gesetzlichen Vertreters		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Bankverbindung ( Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)		
Auskunft erteilt	Tel.-Nr.: Fax-Nr.:	

### b) privatrechtlich

<b>aa) juristische Person des Privatrechts (z.B. e.V., (g) GmbH)</b>		
Name der juristischen Person		
Vereins-/Handelsregister	Nr.	Amtsgericht
gesetzliche(r) Vertreter	[Funktion, Name(n), Vorname(n)]	
eventuell bevollmächtigter Vertreter [Funktion, Name(n), Vorname(n)]		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Gemeinnützigkeitsanerkennung besteht	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Bankverbindung ( Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)		
Auskunft erteilt	Tel.-Nr.: Fax-Nr.:	

<b>bb) nichtrechtsfähige Personenvereinigung (z.B. GbR, nichteingetragene Vereine ...)</b>	
Rechtsform	
Name / Bezeichnung der nichtrechtsfähigen Personenvereinigung	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
gesetzliche(r) Vertreter      [Funktion, Name(n), Vorname(n), Anschriften]  <div style="text-align: center;"> <hr/> <hr/> <hr/> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div> <input type="checkbox"/> es besteht Einzelvertretungsmacht         </div> <div> <input type="checkbox"/> es besteht gemeinsame Vertretungsmacht            von <hr/>           Funktionen, Namen, Vornamen         </div> </div>	
eventuell bevollmächtigter Vertreter [Funktion, Name(n), Vorname(n), Anschriften]  <div style="text-align: center;"> <hr/> <hr/> <hr/> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div> <input type="checkbox"/> es besteht Einzelvertretungsmacht         </div> <div> <input type="checkbox"/> es besteht gemeinsame Vertretungsmacht            von <hr/>           Funktionen, Namen, Vornamen         </div> </div>	
Bankverbindung ( Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)	
Name des Kontoinhabers, soweit abweichend von der Bezeichnung des Antragstellers	
Auskunft erteilt	Tel.-Nr.:  Fax-Nr.:

<b>cc) natürliche Person</b>	
Name	Vorname
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Bankverbindung ( Bankleitzahl, Kontonummer, Geldinstitut)	
	Tel.-Nr.:  Fax-Nr.:

## 2. Maßnahme (Bezeichnung wie im Zuwendungsbescheid)

--

### 3. Beginn der Maßnahme, gegebenenfalls Zeitpunkt der Beschaffung am:

☐ voraussichtliche Beendigung am: \_\_\_\_\_ ☐ tatsächliche Beendigung am: \_\_\_\_\_

### 4. Bewilligung und bisherige Auszahlungen

Zuwendungsgegenstand/Zuwendungsgeber	Zuwendungsbescheid Datum	Zuwendungsbescheid Aktenzeichen
a)		
b)		
c)		
d)		

Bewilligter Betrag EUR	Vomhundertsatz	davon ausbezahlt: Zuwendung EUR	darunter: Darlehen EUR
a)			
b)			
c)			
d)			

### 5. Nunmehr beantragte Auszahlung

Zuwendungsgegenstand/Zuwendungsgeber	Zuwendung EUR	darunter: Darlehen EUR	ggf. Auszahlungstermin
a)			
b)			
c)			
d)			

### 6. Veranschlagte Kosten

6.1 Gesamtkosten laut Antrag	_____ EUR
6.2 davon zuwendungsfähig laut Bescheid	_____ EUR

### 7. Kostenanfall

	Gesamtkosten (Ausgaben, die mit dem Zuwendungszweck im Zusammenhang stehen)	davon zuwendungsfähig (erforderlichenfalls geschätzt)
7.1 Bisher bezahlte Kosten		
	EUR	
abzüglich Kosten, die Dritte zu tragen verpflichtet sind bzw. werden können	EUR	
verbleibender Betrag	EUR	EUR
7.2 Vorliegende unbezahlte Rechnungen	EUR	EUR
7.3 Innerhalb von zwei Monaten zu erwartende Rechnungen	EUR	EUR
7.4 Summe 7.1 bis 7.3		EUR
		das sind.....v.H. von Nr. 6.2

**8. (Nur bei Baumaßnahmen:) Angaben über bereits geleistete und/oder in Ausführung begriffene Arbeiten**

--

Der Bestand am \_\_\_\_\_ entspricht ca. \_\_\_\_\_ vom Hundert der gesamten Baukosten.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

\_\_\_\_\_  
Dienstsiegel/Stempel

**Vermerk der Bewilligungsbehörde**

1. Kostenanfall nach Nr. 7.4	EUR
2. Zuwendungs-Vomhundertsatz _____ vom Hundert	EUR
3. Zuwendung entsprechend Kostenanfall (höchstens bewilligter Betrag)	EUR
4. abzüglich bereits ausgezahlter Zuwendung	EUR
5. ergibt vertretbare Auszahlung (unter Berücksichtigung der Nummer 7 VVK)	EUR
6. zur Auszahlung sind anzuordnen	EUR

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Amt/SG

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Muster 5

Landratsamt Landkreis Leipzig

\_\_\_\_\_  
(Amt)

Stauffenbergstraße 4

04552 Borna

**Erklärung / Empfangsbekenntnis**

Bezeichnung und Anschrift  
des Zuwendungsempfängers:

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Betr.:** \_\_\_\_\_  
(Zweck der Zuwendung)

**Bezug:** Ihr Zuwendungsbescheid  
vom \_\_\_\_\_ Aktenzeichen: \_\_\_\_\_

Den vorstehend bezeichneten Zuwendungsbescheid über den Betrag von \_\_\_\_\_ EUR  
habe ich am \_\_\_\_\_ erhalten.

Ein Rechtsbehelf wird nicht <sup>\*)</sup> eingelegt.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
rechtsverbindliche Unterschrift  
des Zuwendungsempfängers

\*) im Bedarfsfall streichen